

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 98.—
jährlig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (schl.).

9. Jahrgang.

Mittwoch, 15. Mai 1929.

Nr. 114.

Vor der Regierungsbildung in Sachsen.

Ungeklärte Situation.

Dresden, 14. Mai. (Eigenbericht.) Trotzdem erst der Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie die Richtlinien aufstellen wird, nach denen die Partei nach den Wahlen vorgehen wird, geben sich die bürgerlichen Mittelparteien jetzt schon der Erwartung hin, daß es zu einer großen Koalition kommen wird. Damit ist vorläufig nicht zu rechnen. Die sächsische Sozialdemokratie hat sich bisher gegenüber jeder Verbindung mit den bürgerlichen Parteien ablehnend verhalten. Der Landesparteitag dürfte vorläufig an dieser Politik nichts ändern. Zuerst wird die Regierungsbildung in Sachsen abgewartet werden. Die Sozialdemokratie wird als erste Partei des Landtages Anspruch auf den Ministerpräsidenten Posten erheben, ohne vorher Koalitionsverhandlungen zu führen. Gleichzeitig wird sie das fünftägige Programm aufstellen. Der Bezirksvorstand für Ostachsen hat folgendes Programm aufgestellt: Umgestaltung der Tiererzeugerorganisation, Ausbau der sozialen Fürsorge, Verbesserung des Arbeiterschutzes, Demokratisierung und Vereinfachung der Verwaltung, freiheitliche Umgestaltung der Justiz und Polizei, Neuorganisation der Ministerien und staatlichen Behörden nach sozialer und sachlicher Notwendigkeiten sowie Ausbau der Gemeinwirtschaft staatlicher Betriebe.

Kommunistenrawalle im preußischen Landtag.

Berlin, 14. Mai. Im Preussischen Landtag verübten die Kommunisten wiederum starken Tobau, der ihnen Strafen und Verwarnungen einbrachte. Einer ihrer Redner kündigte an, daß die Kommunisten dem Demonstrationsverbot des Polizeipräsidenten weiter trotzen würden. Am 1. August würden die Kommunisten trotz Polizeipräsidenten und Schupo wieder demonstrieren. Die Arbeiterschaft müsse sich sammeln zum massenhaften Aufstand, zum Widerstand gegen den Staat. Darnach riefen die Kommunisten zu neuen Zusammenstößen. Allerdings wird man abwarten können, was sich im kommunistischen Lager ereignen wird, denn jetzt bereits ist Herr Thaelmann nach Berlin geladen worden, um Rechenschaft über das bisherige Verhalten abzulegen.

Die Reparationsverhandlungen.

Paris, 14. Mai. (Wolff.) Die Verhandlungen, die der Vorsitzende des Redaktionsausschusses, Sir Josiah Stamp, mit der deutschen Delegation zwecks Feststellung des Berichtentwurfes führt, wurden heute aktiv fortgesetzt, sind jedoch noch nicht zum Abschluß gekommen. Für eine Reihe von Fragen sind bereits Formulierungen, die aber keineswegs eine Annahme durch die Konferenz bedeuten, gefunden worden, so für die sogenannte Sicherheitsklausel, das Transfer- und das Aufbringungsamortatorium sowie für die sogenannte politische Klausel. In der politischen Klausel werde festgelegt, daß bei der Entscheidung der Konferenz außer den wirtschaftlichen auch politische Momente berücksichtigt werden sind. Weiterhin hat man sich über eine Formel geeinigt, die zum Ausdruck bringt, daß die von Deutschland zu leistenden Jahreszahlungen sämtliche Forderungen einbegreifen und daß nicht etwa Sonderforderungen nebenher laufen. Eine der Zahl nach geringe, der Bedeutung nach aber erhebliche Reihe von Fragen stehen noch offen, wie beispielsweise die Frage der über 27 Jahre hinausgehenden für die Deckung der interalliierten Schulden zu leistenden 21 Jahreszahlungen, desgleichen die Frage der Höhe des ungeschützten Annuitätenanteiles. Wenn die Vorlesung des Berichtentwurfes an die Delegationen erfolgt, ist im Augenblick noch nicht abzusehen. Auf alle Fälle wird mit Hochdruck gearbeitet und man nimmt an, daß in einer am Donnerstag stattfindenden Vollversammlung mit der Erörterung des Berichtes begonnen werden kann.

Blut muß fließen . . .

Die Kommunisten sind unzufrieden, weil in Wien kein Blut floß!

Wenn es noch einen Dummen geben sollte, der die kommunistischen Klagen und Trauerkundgebungen um die Berliner Opfer ernst nimmt und nicht merkt, daß die Kommunisten höchstens trauern, weil es nicht genug Tote für ihre Propagandazwecke gab, so wird er sich vielleicht durch die Kommentare der kommunistischen Presse zu den Wiener Sonntagsergebnissen davon überzeugen lassen, daß die kommunistische Politik systematisch auf Vortwergen unter den Arbeitern ausgeht.

In Wien hat sich bekanntlich folgendes zugehört: Nach den letzten Heimwehrüberfällen auf Arbeiterhäuser hat der Bürgermeister von Wien, Genosse Zeis, in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann bis auf weiteres alle Aufzüge militärisch organisierter Vereine in Wien verboten. Das Verbot richtete sich selbstverständlich vor allem gegen die Heimwehren, die ihre Aufzüge bis Wien entzogen und im Sommer dort ihre Prozeduren vollziehen wollten. Der Bürgermeister Schumy hat daraufhin dem Landeshauptmann aufgetragen, das Verbot nicht auf die bereits angemeldeten und bewilligten Aufzüge zu erstrecken. Das heißt, der landüberrückige Bürgermeister erzwang die Bewilligung für den Heimwehriert, sondern versagte nur, da er der Weisung des Innenministers verfassungsgemäß entsprechen mußte, das Verbot auf den 13. Mai. Daher konnten Sonntag auch die Sozialdemokraten aufmarschieren und der Heimwehrprovokation durch die Massen-Heerschau der Wiener Arbeiterläge begegnen.

Was macht die „Internationale“ aus diesem Vorgang? Sie erzählt:

Der sozialdemokratische Bürgermeister des „roten Wien“, Zeis, hatte vor mehr als einer Woche eine Verfassung erlassen, die allen österreichischen Zugs- und Wehrländern die Aufmärsche in Wien bis auf weiteres verbot. Die feilschenden Heimwehren, welche in den letzten Monaten fortgesetzt bei ihren Aufmärschen Arbeiter niederstießen, hatten für morgen Sonntag einen Aufmarsch vor die Postkutsch in Wien geplant, der selbstverständlich durch die Verfassung des Sozialdemokraten Zeis als verboten galt. Doch was scherten sich feilschende Heimwehren, die den Interessen der Bourgeoisie dienen, um Verbote! Die Heimwehren beschloßen, trotz des Verbotes aufzumarschieren — und siehe da, die Regierung Österreichs, die von den österreichischen Anströmern in den letzten Tagen so gelobt wurde, hat durch den Herrn Schumy ein Schreiben an den „roten Bürgermeister“ Zeis gerichtet, in dem sie die Aufhebung des Verbotes des Heimwehrverbotes verlangt. Der große Kämpfer, Sozialdemokrat Zeis, ist natürlich dem Wunsche der österreichischen Bourgeoisierregierung nachgekommen und hat die Aufhebung des Aufmarschverbotes — wach revolutionäre Tot! — auf Montag, den 13. Mai, verlegt.

Die Mainiederlage der KPD.

Stimme aus dem Lager der kommunistischen
Opposition.

„Heute ist der trügerische Schleier zerfallen. Der Phasennöbel ist verrückt. Jeder, der leben will, sieht, was die Scheinlosler wert waren, steht die nur allzu traurige Wirklichkeit, die unerhörte Schwäche, die Direktionslosigkeit der Partei.“

So urteilt „Gegen den Strom“, das Organ der Brandleristen. Es deckt unbarmherzig die Mainiederlage der Kommunisten auf. Möglich, daß die Leute um Brandler glauben, wieder an die Reihe zu kommen, wenn Moskau Sündenböcke für die Mainiederlage ischachtet. Sie schreiben:

„Die Demonstration des 1. Mai zeigte die Isolierung der Partei von den breiten Massen der Arbeiterschaft. Der Versuch, einen Protestfest gegen den blutigen Terror der Polizei zu organisieren, endete mit einem tragischen Zusammenbruch.“

Die Partei rechnete mit einem Verbot. Aber statt den Versuch zu machen, einen Massenprotest gegen diese Pläne Organisations zu organisieren, spielte sie direkt mit dem Gedanken,

Also nur eine kleine Unrichtigkeit, aber sie wird so geschickt verwerlet, daß sich für den ganzen Bericht ein herrlicher Tonfall-Schwundel ergibt! Zeis ist „dem Wunsche der Bourgeoisierregierung nachgekommen.“ Natürlich weiß die „Internationale“, daß Zeis nicht dem Wunsche des Schumy, sondern daß eben der Landeshauptmann von Wien, wie er nicht anders kann, der Weisung des Bundesministers nachgekommen ist. Natürlich weiß die „Internationale“, daß andernfalls ein Verfassungskonflikt entsteht, der unter den gegebenen Umständen zum Bürgerkrieg führen könnte und daß Zeis durch eine Weigerung, zu der ihn die Verfassung nicht ermächtigt, die Machtstellung der Sozialdemokraten in Wien aufs Spiel setzt. Aber das stört die „Internationale“ nicht und den kommunistischen Zeitungslesern fehlt anscheinend jedes Bedürfnis nach Wahrheit und Sauerkeit.

Aber das „Rude Bravo“ trifft es noch besser. Das überschreibt Montag, also nach der Heimwehrblamage und dem mächtigen sozialdemokratischen Aufmarsch in Wien, seine Meldungen dreispaltig:

Die Sozialdemokratie liefert das „rote
Wien“ den Fascisten aus.

Das „Rude Bravo“, das ja seit Jahren keine Leser über Wien falsch informiert, so daß ihnen wahrscheinlich jede Möglichkeit leibt, die Wahrheit der Meldungen des Postbüro-Blattes zu kontrollieren, das Zentralorgan der KPD spricht von der Wiener „Gemeindepolizei“ unter deren Schutz die Heimwehren stehen! Es weiß natürlich, daß die Wiener Polizei Bundespolizei ist, aber es braucht eben einen kräftigen Schlag, einen Beweis für den „Sozialfaschismus“ der österreichischen Sozialdemokratie und es erfindet sich kurzerhand diesen „Beweis“.

Den Schmerz über den unblutigen Ausgange des Wiener Sonntags drückt die „Internationale“ dann so aus:

Burgfriedenruhe in Wien.

Wien, 12. Mai. Sämtliche Veranstaltungen der Heimwehren und der Sozialdemokraten sind ohne nennenswerten Zwischenfall verlaufen.

Burgfriedenruhe! Also ein Schimpfwort, das es doch sein soll, dafür, daß kein Blut floß. Weil die Sozialdemokratie nicht wie die Kommunisten Arbeiterleben unwillig opfert, weil die Sozialdemokratie nicht Proletariat für Prestigeinteressen ins Feuer schickt, wird sie beschimpft. Burgfriedenruhe! Der ganze Schmerz, der blutrünstigen Bankrotteure drückt sich in dem einen Wort aus. Ein Sonntag ohne Straßenkampf, ohne Leiden, ohne Blut — für die Kommunisten also ein verlorener Sonntag. Man hat sich in Aufregung so auf die Toten gefeiert. Nun ist es nichts, man ist um das Vergnügen gekommen. Also los auf die Sozialdemokraten!

Die Stimme des Diktators.

Eine erste Krankheit hat vor längerer Zeit den früheren Ministerpräsidenten Svehla gezwungen, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Nach wie vor hätte uns menschliche Rücksicht veranlaßt, ihn aus der politischen Diskussion auszuschalten, wenn er nicht selber aus seiner Zurückgezogenheit mit jener sensationellen Vorlesung an den Kongreß der tschechischen Agrarpartei hervorgetreten wäre, die für die Mehrheit der Bevölkerung eine Kampfanzeige von unerhörter Schärfe bedeutet und die daher jede Rücksicht als überflüssig erspart. Im übrigen hat der agrarische Kongreß den Brief Svehlas wie ein Evangelium behandelt, hat die darin enthaltenen Ideen feierlich zu den seinen gemacht und da das Dokument somit geeignet erscheint, auf Jahre hinaus in der inneren Politik des Staates eine wichtige Rolle zu spielen, hat Svehla selber auf den Anspruch verzichtet, als kranker Privatmann behandelt zu werden.

Betrachtungen darüber, ob es der „alte Svehla“ ist, der „Demokrat Svehla“, der geschäftige und gewandte Ritter und Kompromißler, der diesen Brief verfaßt hat, ob darin seine Anschauungen von ehemals ausgedrückt sind oder ob der Brief von den gegenwärtigen Führern seiner Partei verfertigt und von ihm „nur“ unterschrieben wurde, sind vollkommen unnötig. Seit Verlesung dieser dreifachen Herausforderung auf dem Kongreß, ist nicht das allerfeinste Dementi erfolgt, bis auf den plumpen, stümperhaften Versuch einer „Richtigstellung“, derzufolge Svehla die städtische und industrielle Bevölkerung nicht wegen ihrer „Parasitäre“, sondern ihrer „nerbösen“ Veranlagung wegen zu einer untergeordneten, gehorchenden und dienenden Stellung im Staate verhalten sehen will. Im Gegenteil, die Presse der tschechischen Agrarpartei hat sich — und mit Berechtigung — über jene Illusionisten in den verschiedenen Parteilagern weidlich lustig gemacht, die sich von Svehlas Absichten und wahrer politischer Gesinnung im Kopfe ein unwahrscheinliches Idealbild gestaltet hatten, ihn und seine Partei nicht sehen wollten, wie sie beide sind, sondern wie sie sie zu sehen wünschten. Wir fühlen uns nicht betroffen, wenn die agrarischen Scribafare über die verlebte Blindheit, man kann auch sagen: blinde Verliebtheit seiner unterschiedlichen Verehrer höhnen und triumphierend feststellen, Svehla sei doch niemals anders gewesen, als in dem Glaubensbekenntnis seiner „Partei“ zum Ausdruck komme.

In der Tat hat nicht einmal allzu viel politische Weisheit dazu gehört, um die Deklamationen über die Svehlasche „Agrardemokratie“, die früher einmal mit schönem Pathos und eben solcher Naivität vorgetragen wurden, als leeres Geschwätz zu erkennen. In den Jahren, da Svehla an der Spitze verschiedener Regierungen stand, wird man vergeblich nach einer einzigen Sandlung suchen, die als die eines aufrechten Demokraten und Schülers des Parlamentarismus gedeutet werden könnte. Unter allen jemals im Vordergrund des politischen Geschehens stehenden Menschen hat nicht einer das Parlament mit einer so ausgefuchten Fröndung und diffamierenden Mißachtung, so Verachtung behandelt, wie er nicht einer darf sich des Verdienstes rühmen, der Demokratie solche Schäden zugefügt, sie so verhandelt zu haben, wie Herr Anton Svehla. Ostentativ, demonstrativ blieb er den Sitzungen der beiden Kammern des Parlaments fern, nie hatte er ihnen etwas zu sagen, außer den allerunvermeidlichsten Einnahmen, die über inhaltslose Phrasen niemals hinausgingen, nie lehte er sich mit dem Parlamente aneinander, nie ließ er sich herbei, wie es in jedem anderen demokratisch regierten Staate als Selbstverständlichkeit gilt, im offenen Parlamentssaale die Maßnahmen und die Politik der von ihm geleiteten Regierungsmehrheit zu verteidigen und der Opposition Rede und Antwort zu stehen. Gewiß tragen auch andere Personen und Parteien an der Verhöhnung und tiefen Erniedrigung un-

leres Parlamentarismus die Mitschuld, aber sie erfolgte unter seiner verantwortlichen Führung und niemals haben wir uns einreden lassen: ohne seinen Willen. Systematisch verstand er es, das Parlament zu degradieren, zu entwerten, es zu einer geist-, seelen- und willenlosen Maschine zu machen. Die gelegentliche Behauptung, er weiche dem Parlament aus, weil manche der Abgeordneten über „schlechte gesellschaftliche Manieren“ verfügen und ein Minister stets in Gefahr sei, von diesen in ihrer Erziehung vernachlässigten Volkvertretern angerepelt zu werden, wurde von jedem halbwegs Kundigen als faule Ausrede erkannt. Es ist auch noch keinem demokratisch gesinnten Staatsmann und Minister eingefallen, auf die Demokratie, die ja Diskussion sein soll, zu verzichten und wie eine zimperliche Stiefschwägerin im Vorhinein gekränkt zu tun wegen Beleidigungen, zu denen sich etwa ein kommunistischer Abgeordneter hinreichend lassen konnte. In Svehlas Bestreben, das Parlament einflusslos zu machen, die Demokratie zu entwurzeln, sie zu einer Farce herabzudrücken, lag System und Methode. Unter seiner Leitung wurden die ersten Spaltenstücke für das Grab der Demokratie gemacht, die Mehrheit, die mitunter in Wirklichkeit schon keine war, zur absoluten Herrscherin und Diktatorin eingeeicht, die keinerlei Rücksichtnahme auf die Opposition kennen durfte. Da niemand da war, der Rede stand, niemand, der Antwort gab, verhallten die Parlamentsreden ins Leere, sie wurden immer weniger Diskussion und Auseinandersetzung, gleichzeitig wurde die Immunität der Abgeordneten und Senatoren immer mehr eingesenkt, so daß sie wenigstens für die oppositionellen Parlamentsmitglieder bald nur mehr auf dem Papier der Verfassungsurkunde stand und es kein anderes „demokratisch“ regiertes Land gibt, in dem so viele Mitglieder des Parlamentes ihrer Immunität wegen vor ihren Wählern gehaltenen Reden entkleidet wurden und hinter vergitterten Gitterfenstern Gelegenheit hatten, über den Wert der Redefreiheit eines Volkserwählten nachzudenken, wie bei uns unter des großen Agrardemokraten Svehlas Leitung.

Die Illusion, die Svehla demokratischer Reigungen beizubehalten, ist nach seiner Parasten-Politik zerbrochen. Was übrig bleibt, das ist der wahre Svehla und die wirkliche, aller Masken entkleidete Bissigkeit seiner Partei, die Bissigkeit einer Kaste, der Kaste der neuen Reichtum- und der großen Grundbesitzer, die im Staate längst schon die Macht an sich gerissen hat, der dies aber in ihrem grenzenlosen Nachhunger noch immer nicht genügt und die mit allen Mitteln, auch mit denen des Faschismus, alleinherrschend werden will. Unter Svehlas Staatsführung konnte es geschehen, daß während die Bildung aller antifaschistischen Abwehrorganisationen durch die Staatsgewalt verhindert wurde, die tschechischen Agrarier ungeachtet ihrer Bauernvereine organisieren durften, die bei verschiedenen Anlässen hoch zu Ross und — wie dies beispielsweise in Brünn gelegentlich des tschechischen Agrartages im Vorjahre geschah — unter Entleerung militärischer Pferde und Teilnahme aktiver Offiziere und Soldaten drohend und provozierend mit Wimpeln und Fahnen durch

die Straßen der Städte reiten konnte. Svehla hält den Stand der Landwirte, lies der reichen Grundherren und Restgüterbesitzer für den alleinigen, der berechtigt ist, dem Staate, den „Parasiten“ von Städten, Industriearbeitern und Angestellten, den Gewerbetreibenden und den städtischen Bürgern die Gesehe zu geben, nein, zu diktieren, wohingegen die Agrarier als Murrpatoren, von allen anderen Ständen in Demut als die gottgegebene staatliche Vorrichtung bewundert, im Staate sich nehmen sollen, wozu ihr Herz begehrt: „Wir werden uns nehmen, indem wir uns selbst dies und jenes geben!“ Ganz recht! Sie mögen die Verhüllungen, in denen aufzutreten sie bisher für klug erachtet hatten, nur fallen lassen! Ein offener Feind, der seine Absichten zugibt, ist ein erwünschterer Gegner als einer, der heimtückisch ansichleibt und der unvermutet angreift. Sveh-

Die französischen Gemeindevahlen.

Am Vorabend der englischen Wahlen kommt den französischen Kommunalwahlen eine besondere politische Bedeutung zu. Sie hatten zu beweisen, ob die französische Linke, die im Jahre 1924 mit der englischen Arbeiterpartei auf alliierter Seite die Grundlagen der Locarno-Politik bereiten half, noch stark und lebensfähig ist. Das Ergebnis der Wahlen ist eindeutig. Die Linke ist in gleicher Stärke wie in 1925, ein Jahr nach den Kartellwahlen, in die Stadtparlamente zurückgekehrt, und dies trotz dreijähriger nationaler Einheits- und Rechtsregierung, trotz der Poincaréschen Wahlen des vorigen Jahres. Ein weiteres Symptom für das Abebben der reaktionären Wellen, die in den letzten Jahren Europa zu überfluten drohten.

An dem Erfolg der französischen Linken haben die Sozialisten einen besonderen Anteil. Wenn es auch richtig ist, daß sie in einzelnen Großstädten einige Sitze eingebüßt haben — so u. a. in Paris 3, in Lyon 5 — so werden diese Einbußen reichlich durch das Anwachsen der sozialistischen Stimmen in den Landgemeinden aufgehoben. Die sozialistische Stimmenzahl in den Stadtparlamenten ist soweit im großen und ganzen völlig in Takt, teilweise vermehrt worden. Das gleiche gilt für die Radikalen. Das Land hat sich also diesmal mit mehr Eindeutigkeit ausgesprochen, als bei den letzten Kammerwahlen, die noch unter dem Zeichen der Frankenkrisis standen und dabei vielfach Verwirrung in das Bild hineintrugen. Die Rückwirkung auf die Politik wird nicht ausbleiben können.

Wie sehr die Regierung diese Rückwirkung fühlt, geht daraus hervor, daß das Innenministerium sichtlich bemüht ist, das Wahlergebnis zu verunsichern. In seiner am Montag veröffentlichten Mitteilung des Ergebnisses, sind die auf den Listen der republikanischen Konzentration gewählten Abgeordneten ohne weiteres als Anhänger der Regierung bezeichnet. Der Parteivorstand der Radikalen Partei hat hiergegen bereits Protest eingelegt. Aber auch bei der Rechnung des Innenministeriums ergibt sich bereits das Resultat, daß 24 Kommunen im Besitze der Linken sind, nur 312 aber eine Rechtsmajorität aufweisen. Die Kammer selbst muß sich jedenfalls davon Rechenschaft abgeben, daß ihre eigene Unsicherheit, die sie bisher der Regierung gegenüber oft allzu gefügig sein ließ, keineswegs im Lande geistert wird.

Was Boisjacht ist für manche politischen Kinder eine Desillusionierung, denen bisher weder das enge Freundschaftsverhältnis der tschechischen Agrarpartei mit den organisierten Feinden des Mieterschutzes, den Hausherrn, noch das Bündnis mit den Gajdachen Faschistengruppen und den Exponenten des Finanzkapitals genügte, um die von Svehla vorgezeichnete „Agrardemokratie“ zu durchschauen. — Sie macht reinen Tisch. Die Arbeiterklasse, die es bisher in ihrer Uneinigkeit leider nicht verstanden hat, ihren Willen und ihre Macht im Staate wirksam zu machen, hört mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit aus Svehlas demotischen in ihrer Uneinigkeit leider nicht verstanden hat, ihren Willen und ihre Macht im Staate wirksam zu machen, hört mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit aus Svehlas demotischen

Außerdem drängt sich noch eine weitere Beobachtung auf. Wenn in letzter Zeit öfters von einer starken Bahnmüdigkeit die Rede war, die einen Bestandteil der Krise des Parlamentarismus bilden sollte, so beweist die äußerst starke Beteiligung der Bevölkerung bei den Kommunalwahlen, wie lebendig im Gegenteil das politische Interesse in den Massen ist. Die Regierung hat durch ihre Steuerpolitik, die den Handel belastet, durch ihre neue Mietgesetzgebung, vor allem aber durch ihre Abrüstungspolitik fraglos dazu beigetragen, in weitem Maße Unzufriedenheit unter der Bevölkerung zu erzeugen. Die Reaktion hat drei Jahre regiert, sie hat handeln können, und sie hat, wie sich aus den Kommunalwahlen ergibt, auch jetzt wieder getan, was Logisch jede Reaktion tun muß: sie hat Propaganda für die demokratischen Parteien gemacht.

Inland.

Die bürgerliche Internationale festigt sich.

Rur bei den Merkmalen will es nicht klappen.

Wo sind die Zeiten, da die Agrarier das Wort international nur als Schimpfwort in den Mund nahmen, wo sie mit den Deutschnationalen an Phrasenaufwand und Heilschreien wetteiferten? Längst sind sie zur grünen Internationale übergegangen und mit den tschechischen Agrariern in engste Fühlung gekommen. Jetzt wird, wie die „Pr. Presse“ erfährt, eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den agrarischen Parteien stattfinden. Sie schreibt (in ihrem üblichen Kladderwatsch):

„Wie wir hören, ist sowohl in der tschechoslowakischen republikanischen Partei als auch in der deutschen Fraktion, die ihr am nächsten steht, im Bund der Landwirte, die Absicht vorhanden, die Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien noch mehr als bisher zu intensivieren. Die Kollaboration beider Landvolkparteien, die erst in der letzten Woche wieder der republikanische Kongress in eindeutiger Weise unter Beweis gestellt hat, ist soweit gediehen, daß vor allem die wirtschaftliche Interessengemeinschaft eine noch engere Fühlungnahme als bisher erwarten läßt. Nicht bloß die politische Harmonie, die heute in und außerhalb des Parlamentes die republikanische Partei mit dem Bund der Landwirte und umgekehrt ver-

bindet, sondern vor allem die Ursachen, welche diese harmonische Zusammenarbeit hervorgerufen haben und hervorgerufen, festigen in beiden Parteien den Entschluß, die Kollaboration weiter auszubauen. Man denkt vor allem an ein tatsächlich gemeinsames Vorgehen, das seine technischen Grundlagen beispielsweise in gemeinsamen Klubobmannerkonferenzen erhalten soll und in gemeinsamen Konferenzen parlamentarischer Missionen überall dort, wo hauptsächlich wirtschaftliche Fragen zu lösen sind. Als möglich bezeichnet man schließlich auch gemeinsame Konferenzen zwischen leitenden Instanzen beider Parteien. Eine Vorstufe zu dieser engen Kollaboration bildet die Teilnahme von Delegationen der einen an Beratungen der anderen Partei, eine weitere Stufe ist in Gestalt gemeinsamer Ausschußdelegationen durchführbar, in welche die zuständigen Instanzen beider Parteien ihre Vertreter entsenden würden.“

Die agrarischen Parteien gehen also mit Riesenschritten einer Verschmelzung entgegen, bei der allerdings, wie sich ja bisher zeigte, die „deutschen Belange“ in die Wägen gehen und die wirtschaftlichen, das heißt eben die Besitz-, die Selbstinteressen, ausschlaggebend sind.

Die Merkmalen beobachten diesen Zusammenschluß keineswegs mit nationaler Entzückung, sondern nur mit Neid und Mißgunst. Bei ihnen will nämlich, wie die deutschen Merkmalen Zeitungen verraten, die Zusammenarbeit gar nicht klappen. Das Jägerndorfer „Volk“ stimmt folgende Veremtiade an:

„Aber die Blätter der tschechischen katholischen Volkspartei schielen noch immer auf jene Zeit zurück, in der nur die tschechischen Parteien die Regierung bildeten und jene Gesehe voll nationaler Ungerechtigkeit schufen, deren Auswirkungen für uns Deutsche so katastrophal war. Der „Kosicek“, das Blatt dieser Partei für den Otmüher Wahlkreis, hat erst vorige Woche eine längere Notiz veröffentlicht, wie hoch man es dem derzeitigen Führer der Partei, Wjancze Schramel, anrechnen müsse, daß er die Umwandlung der tschechischen Koalition in eine gemischtnationale bis zum letzten Augenblick zu verhindern versuchte; dieses Blatt jammert über die Erfolge, die den Deutschen und ihrer Mitarbeit und Mitverantwortung erwachsen und bedauert heute noch das Versagen der tschechischen Koalition, unter der diese Erfolge der Deutschen nicht möglich gewesen wären. Dieses katholische Blatt also sympathisiert offen mit einer Regierung der nationalen Unterdrückung und legt seinen ober wenig Wert auf den für alle Katholiken dieses Staates fühlbaren Vorteil einer gemischtnationalen, konservativ einseitigen Mehrheit.“

Unter diesen Umständen darf man sich nicht wundern, wenn trotz der gegenwärtigen, nicht ungünstigen Konstellation die Katholiken dieses Staates von ihren Forderungen noch gar nichts erreicht haben. Die Abgeordneten, die sich offen zur christlichen Weltanschauung bekennen, stellen ungefähr die Hälfte der jetzigen Regierungsmehrheit dar und hätten längst manche gemeinsame Forderung durchsetzen können und müssen. Und warum haben sie nichts durchgesetzt? Weil sie noch nicht zweieinander gefunden haben; weil sie nebeneinander arbeiten.“

Die Kongrua ist schließlich auch kein Bettel! Die Merkmalen vergessen eben, daß sie ihre ganze Kraft nicht auf die Forderungen ihrer Wähler, sondern auf die der Pfaffen konzentriert haben.

Bezeichnend ist aber die Raunzerei über die tschechischen Merkmalen. Das sind doch fromme

Aufruhr im Warenhaus.

Von Manfred Georg. 25

„Ein Abenteuer —“, murmelte er stotternd. „Rechnen Sie es für ein Abenteuer. Sind Sie mit ihm nicht einverstanden?“ Sie hielt ihm die Hand hin. In seinem Innern konnte sich ein Ja. Er stampfte alle Einwände nieder. Er schlug ein: „Einverstanden.“ Sie verlor weiter kein Wort, sondern ritt etwas vor bis an den Rand des kleinen Hügel, von dem aus man den ganzen zukünftigen Kampfsplatz übersehen konnte.

„Aber, was ist denn das?“ Jelena hielt ihr Pferd so scharf an, daß es stieg. An dem großen Rahmenmaße, der mitten aus der Siedlung ragte und an dem sonst stets das Sternennbanner zu flattern pflegte, war eine riesige weiße Fahne aufgesteckt. „Sie ergeben sich!“ rief La Planta. „Sehen Sie, da können schon die Unterhändler.“ In der Tat verließ sieben ein kleiner Trupp von fünf Männern und einer Frau die Siedlung und schritt, mit einer weißen Raube an einem Stab in der Mitte, auf die Postenkette der Besatzer zu. Eilige Bewaffnete kamen ihnen entgegen. Dann sahen Jelena und La Planta sie ein Auto bestiegen und nach der Stadt zu fahren. „Sie werden sicher ins El-Hotel fahren.“

Als sie in rasendem Galopp dort anlangten, waren die Verhandlungen zwischen den Unterhändlern der Streikenden und den Arbeitgebern fast zu Ende. Die Streikenden hatten ohne weiteres alle drei Punkte angenommen, die die Plantagenbesitzer aufgestellt hatten: Auslieferung von

zehn Anführern, Ablieferung der Waffen, Verlassen der Gegend binnen vierundzwanzig Stunden. Die Gründe für den Niederbruch waren in einem Zustand der Frauen zu suchen, die für ihre Kinder und auch für ihre Männer gefährdet hatten, am Ende ihrer Kräfte waren und die Aufgabe des Widerstandes durchgesehen. Der ins Lager zurückkehrenden Abordnung schlossen sich sofort Milizsoldaten an, und in einer halben Stunde schwamm die Stadt in einem Flammenmeer. Die Gutsbesitzer telegraphierten den zuständigen Regierungsstellen die freudigen Nachrichten, die Zeitungen der Stadt brachten Sonderausgaben mit riesigen Heberschriften von der Ueberwindung der roten Gefahr, und die Polizei ließ nun, um den Eindruck des Tages nicht abzuschwächen, das Regierquartier durch ein starkes Aufgebot von Schutzleuten sperren.

In einer Hofede des El-Hotels standen die zehn Streikführer. Als es dunkel wurde, fuhr ein Lastauto vor, das sie in die nächste Stadt ins Gefängnis bringen sollte, wo sie auf ihre Aburteilung wegen Aufruhrs warten sollten. Gestochen und von Spott- und Schimpfreden überhäuft, bestiegen sie den mächtigen Wagen. Hinter stand Jelena in der Menge, und die Freude des Föderals jubelte schmerzhaft an ihr vorbei. Zwei Milizsoldaten setzten sich neben den Lenker. Der war ein Burke mit einer knolligen roten Nase. Was er gerade den Rotor anfuhrte, kam aus dem Hotel ein Farmer gelaufen und flüsterte ihm etwas zu. Er nickte und verschwand mit ihm. Statt seiner bestieg einer der Gutsbesitzer, der den Vorstoß bei den Unterhandlungen geführt hatte, rasch den Wagen. Mit donnerndem Rattern brauste er davon. Ein Hagel von Steinwürfen überfiel ihn. Jelena sah noch, wie zwei von den Streikführern mit den Händen an den Kopf schlugen, dann schob sich die Begleitung von zwanzig herittenden Farmern, die dem Wagen folgte, vor ihren Blick.

Als sie in die Spielhalle trat, sah sie an der

Bar den eigentlichen Lenker des Autos in fast schon völlig betrunkenem Zustande auf seinem Hocker kauern. Eine der Farmtöchter wollte ihm unter Mithilfe zweier Milizoffiziere ein neues Glas Champagner zwischen die Zähne stürzen, aber er wehrte mit einem bösen Grinsen ab. „Aber — ihr müßt mich — fahren lassen müßt ihr mich jetzt.“

„Aber du fährst ja schon, alter Junge,“ grüßte der Chor der Umstehenden, „merkst du nicht, wie du schaukst?“ „Das ist nicht recht von euch,“ lallte der Betrunkene, „ich — bin — verantwortlich. Das Auto ist doch ein Regierungsgewehr.“ Er wankte vom Bod und salutierte: „Zur Stelle, Fahrer Metter von der Straßwagenkolonne Fort Jolly. Mit zehn Mann. Abzuliefern — abzuliefern — wo sind denn die zehn Mann? Verdammt noch einmal! Wo sind sie denn?“ Der Betrunkene drehte sich im Kreise und fiel, ohne daß ihn jemand aufhielt, lang hin. „Abzuliefern —“ grunzte er noch einmal. Dann schlief er.

Jelena rief La Planta so heftig von seinem Stuhl auf, daß sie beide beinahe gestürzt wären. „Kommen Sie sofort mit.“ „Was denn? Was ist denn los?“ fragte er sie.

„Ich brauche einen Wagen. Ich brauche sofort einen Wagen.“ Der mit La Planta befreundete Farmer betrocknete Jelena mißtrauisch. „Wo wollen Sie denn jetzt hin mitten in der Nacht?“ La Planta wunderte sich, als Jelena ihren Arm um den seinen schlang und sich mit einem selbstsam süßlichen Lächeln an ihn anlehnte. „Eine Mondschneepazifahrt machen, Mr. Brown, seien Sie doch nicht so neugierig. Mister La Planta will mir Ihre Wasserfälle im Silberglühern der Sterne zeigen. Schlagen Sie uns etwa Ihren Wagen ab?“ Der Farmer wechselte sofort den Ton. „Aber keineswegs. Bitte, lassen Sie sich ihn von dem

Kellner aus der Garage holen. Nr. 12.562. Er kennt ihn schon.“

„Ich danke Ihnen, Mr. Brown.“ Jelena tänzelte an La Plantas Arm bis zur Tür. Draußen entzog sie ihm bräus ihren Arm, ihre Stimme klang erstickt. „Sehen Sie mich doch, bitte, nicht so betrunken an. Ich weiß schon, was ich tue, verlassen Sie sich darauf. Los! Los! Sie kennen doch den Weg, den das Lastauto genommen hat?“

„Ja, gewiß!“ Mr. Browns Auto war ein kleiner Rennwagen. Aber ein Reifen an ihm war nicht in Ordnung und mußte ausgewechselt werden. So verzögerte sich die Abfahrt.

„Rasch oder langsam?“ fragte La Planta. Er begriff immer noch nicht.

„Was der Wagen hergibt. Los!“ Das Dunkel des Waldes umtraufte sie nur schon eine Stunde lang. Es erwies sich jedoch, daß La Planta doch nicht den Weg so genau kannte, wie er geglaubt hatte. An Wegkreuzungen mußten sie oft ansteigen, weil Browns Wagen keinen Sucher hatte, und mit ihren Taschenlampen die Wegweiser ableschten. Manchmal waren sie nahe daran, an scharfen Kurven zu kentern. Jelena trieb unablässig. La Planta fluchte, was das für ein Wahnwitz sei. Aber er fuhr. Der Wagen langte förmlich auf dem weichen Boden. Dann kam er an eine langgestreckte Lannennwaldung und begann auf dem glatten Nadelboden bedenklich zu schleudern. In dem Licht der Laternen sprang aufgeschrecktes Wild hoch. Ein Hase rannte blinkend dagegen und war verschluckt. Niedrig hängende Zweige peitschten die Köpfe. Nach einer weiteren Stunde glitt der Wagen plötzlich aus einem engen Pfad auf eine Lichtung. Jelena fuhr von dem Sitz auf, daß sie beinahe hinausgeschlagen wäre, und schrie: „Salt!“

(Fortsetzung folgt.)

Den englischen Wahlen entgegen.

London bei den allgemeinen Wahlen.

Es ist nicht allgemein bekannt, daß die Wählererschaft von London mehr als ein Zehntel aller Abgeordneten des englischen Unterhauses wählt. Einflußreich die Universität stellt London nicht weniger als 63 Abgeordnete; die Gesamtzahl der Sitze im Unterhaus beträgt 615, wovon 18 in den Kreisen von Nord-Irland gewählt werden. Die Ergebnisse von London sind daher von großer Bedeutung für das gesamte Wahlergebnis. Wenn auch die genaue Zahl der Kandidaten nicht vor dem 20. Mai, dem Tage der Bekanntmachung der Nominations angegeben werden kann, so steht doch schon jetzt fest, daß in nicht weniger als 56 Londoner Wahlbezirken Labour-Kandidaten aufgestellt werden.

Raufah Macdonald veröffentlicht in der Mai-Ausgabe der „London News“, dem Organ der Londoner Arbeiterpartei, einen Artikel, worin er auf die doppelte Bedeutung des Londoner Wahlergebnisses hinweist: „Erstens — was von größter Bedeutung ist — zeigt es die politischen Tendenzen in der Hauptstadt, und zweitens bedeutet es einen wichtigen Schritt auf dem Wege von der Opposition zur Regierungspartei.“

Die Londoner Arbeiterpartei wendet sich an die Wähler nicht nur unter Hinweis auf Fragen der nationalen und der internationalen Politik, sondern auch auf solche von besonderer lokaler Bedeutung für London. So erklärt die Partei an die Wähler den Aufruf, ihren Kampf gegen den Vorschlag, die Straßenbahn von London aus einem öffentlichen Eigentum in ein Privatunternehmen umzuwandeln, und gegen das Weiterbestehen der privaten Elektrizitätsgesellschaften zu unterstützen. Gleichzeitig tritt sie ein für eine kraftvolle Wohnungspolitik, für einen energischeren Kampf gegen das Wohnelend in London, für die Ablehnung von der Politik der Konservativen, die die Entwicklung des Londoner Schulwesens gehindert hat, und für eine durchgreifende Reform der Londoner Lokalverwaltung.

Von den Londoner Labour-Kandidaten gehörten 20 bisher dem Unterhaus an. So C. G. Ammon, C. R. Atlee und S. Gosling, die Mitglieder der ersten Arbeiterregierung waren. Um den Sitz von North-Battersea, den gegenwärtig S. Sallatbala, der einzige kommunistische Abgeordnete im Unterhaus, mit einer Mehrheit von 542 Stimmen besitzt, wird der Labour-Kandidat W. S. Sanders kämpfen. Bei den letzten allgemeinen Wahlen wurde in diesem Wahlbezirk kein Labour-Kandidat aufgestellt. Sallatbala's einziger Gegner war ein Verfassungsparteiler, den er mit 15.006 gegen 14.545 Stimmen schlug. Der Vorsitzende der Arbeiterpartei, Herbert Morrison, ist im Wahlkreis von South-Hamney aufgestellt worden. Bei den letzten allgemeinen Wahlen ist Morrison in diesem Wahlkreis mit 1758 Stimmen unterlegen. Er erhielt 11.657, sein liberaler Gegner 13.415 Stimmen. Im Wahlkreis Deptford wird C. W. Sowerman seinen Sitz verteidigen. Sowerman ist neben J. R. Clynnes und W. Thorne eines jener drei Mitglieder der ersten Arbeiterfraktion, die ihre Sitze seit 1906, wo sie zum ersten Mal gewählt wurden, ununterbrochen innehaben.

Die neuen Wählerinnen in Großbritannien.

Das neue Wählerverzeichnis, das bei den britischen allgemeinen Wahlen am 20. Mai gültig sein wird, ist am 1. Mai in Kraft getreten. Infolge des neuen Wahlgesezes sind im Verzeichnis so viele Frauen enthalten, daß sie an Zahl die Männer in fast allen Wahlkreisen überwiegen. In den wenigen Bezirken, in denen die Männer noch die Mehrheit behalten, gehören die City von London (das Stadtzentrum) und Seaham,

Stimmen und 2 Mandate, die Liste der Kommunisten 736 Stimmen und 7 Mandate, die Deutschsozialen 166 Stimmen und 1 Mandat, die Christlichsozialen 141 Stimmen und 1 Mandat. Seit den letzten Wahlen haben die Kommunisten 165 Stimmen verloren, die Union der Textilarbeiter 81 Stimmen, die Deutschsozialen 23 Stimmen und die Christlichsozialen 11 Stimmen gewonnen.

Senat und Richtergerichte. Der Ausschuß der Regierungsparteien des Senates verhandelte heute über die Frage der Richtergerichte. Das betreffende Elaborat wurde den einzelnen Klubs zwecks Durchberatung übergeben.

Berbandstag der Lebensmittelarbeiter.

Dritter Verhandlungstag.
Am dritten Verhandlungstag wurde zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen und dann die Anträge betreffend die Aenderung des Beitrags- und Unterstützungsregulativs erörtert. Dann erstattete Genosse Weigel ein Referat über „Nationalisierung der Wirtschaftsdemokratie und die Gewerkschaften“. Das Referat wurde debattelos zur Kenntnis genommen.
In der Nachmittagsverhandlung nahm der Verbandstag eine Resolution an, die sich dagegen ausspricht, daß das Internationale Arbeitsamt die Behandlung der Frage der Lohnbeschränkung auf 75 Kilogramm abermals verlagert hat.

Die Wahlen
in den Verbandsvorstand und die übrigen Kor-

der Bezirk, in dem Macdonald, der Führer der britischen Arbeiterpartei, kandidiert. Ebenso haben die Männer die Mehrheit in ein paar Bergwerksbezirken.

In manchen großen Industrie-Städten, wie z. B. Bradford, Leeds, Liverpool und Manchester beträgt der Ueberschuß an Frauenstimmen mehr als 20.000, in einer Anzahl Londoner Wahlbezirken mehr als 5000, in einem Fall, in St. Marylebone, mehr als 15.000. Das Verhältnis in Birmingham ist auffallend. Hier übersteigt die Zahl der Wählerinnen die der Wähler in allen zwölf Wahlkreisen um insgesamt 40.000 Stimmen. Ebenso besteht eine große Frauenmehrheit in vielen ländlichen Bezirken.

Man nimmt schätzungsweise an, daß im neuen Register die Wählererschaft von 21 Millionen auf nahezu 28 Millionen, d. h. um mehr als 25 Prozent angewachsen ist. Die neuen Wählerinnen erreichen an Zahl 5,5 Millionen. Allerdings ist die Mehrheit der Wählerinnen nicht so groß als erwartet werden müßte, weil das neue Register, das gründlicher aufgestellt wurde als bisher, auch die Zahl der Wähler vergrößert hat.

Die Frage der Wahlkredite in der britischen Wahlkampagne.

Die erste der politischen Radioreden im englischen Wahlkampf hielt der konservative Staatssekretär für das Kriegsweesen, Sir Laming Worthington-Evans. Der Staatssekretär machte in seiner Rede den Vorschlag, die britische Arbeiterpartei möge keine Kredite für die bewaffneten Kräfte bewilligen, ein Vorschlag, der selbstverständlich unausgesprochen gemeint war. Die britische Unabhängige Arbeiterpartei (I. L. P.) erließ dem Staatssekretär folgende offizielle Antwort auf seine hinterhältige Anspielung. Genosse John Paton, der Generalsekretär der I. L. P. erklärte:

„Sir Laming Worthington-Evans verwendet einen Beschluß der I. L. P., die ihre Abgeordneten auffordert, gegen alle Rüstungskredite zu stimmen, dazu, die Arbeiterpartei, der die I. L. P. angegeschlossen ist, in den Augen der Wähler zu diskreditieren, indem er so tut, als ob die Resolution der Arbeiterpartei ausgezogen und Programm einer Arbeiterregierung werden könnte.“

Das Programm der Arbeiterpartei und eine Arbeiterregierung ist in dieser Frage klar bestimmt und verschieden von dem der I. L. P. Die Arbeiterpartei steht auf dem Standpunkt einer fortschreitenden Abrüstung durch internationale Verträge, während die I. L. P. ein Programm der „Abrüstung als Vorbild“ ohne Rücksicht auf internationale Verträge vertritt.

Die I. L. P. ist sich bewußt, daß keine Arbeiterregierung ein Programm der sofortigen Auflösung der bewaffneten Kräfte annehmen könnte oder wollte. Die vom Jahresparteitag der I. L. P. angenommene Resolution wurde vom Kongress als Prinzipienklärung beschlossen und dem Parteivorstand mit Rücksicht auf die praktischen Schwierigkeiten einstimmig Vollmacht hinsichtlich ihrer Auslegung und Anwendung erteilt.

Die Anebenung des Staatssekretärs, daß die Militärpensionen und Witwenpensionen durch eine Arbeiterregierung gefährdet würden, ist absolut unzutreffend. Die überwiegende Mehrheit der gegenwärtig gezahlten Militärpensionen fällt in die Kompetenz des Pensionsministeriums und hat keine Beziehung zu den „Militärkrediten“. Ueberdies betrachten sowohl die Arbeiterpartei als auch die I. L. P. die Pensionen als verfassungsmäßige Verpflichtungen, die der Staat gegenüber den Empfängern eingegangen ist und die kein Teil der Arbeiterbewegung abzuändern wünscht.“

porativen des Verbandes wurde nach den Anträgen der Wahlkommission vorgenommen. Zum Obmann wurde wieder Genosse Klingner, zum Kassier Genosse Franz Pohl gewählt.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung beschäftigte sich Genosse Sander mit den trostlosen Verhältnissen im Gastgewerbe. Er verwies auf die von den Behörden geduldeten Verletzungen der Arbeiterschutzvorschriften, insbesondere des Achtstundentages und des Urlaubsgesezes, und forderte den neuen Verbandsvorstand auf, gegen diese Mißstände einen systematischen Kampf zu führen.

Nach einer kurzen Ansprache des Vertreters des tschechischen Lebensmittelarbeiter-Verbandes Vin a schloß der Vorsitzende Genosse Minger um 3 Uhr nachmittags den Verbandstag.

Kongress der italienischen Antifaschistischen Konzentration.

Ende April fand in Paris ein Kongress der italienischen antifaschistischen Konzentration statt, die bekanntlich die der S. A. I. angeschlossene Einheitssozialistische Partei der Italienischen Arbeiter, die Sozialistische Partei Italiens (Marxisten), die italienische Republikanische Partei, die italienische Freigewerkschaftliche Zentrale und die italienische Liga für Menschenrechte umfaßt.

Der Kongress, der unter dem Vorsitz von Filippo Turati tagte, nahm Berichte über die bisherige Tätigkeit der Konzentration (Berichterstatter: Pietro Renni) und ihre künftigen Aufgaben (Berichterstatter: Claudio Treves und Cipriano Kochinetti) entgegen, woran sich eine lebhafte Diskussion anschloß. Da diese Tagung nur beratende Funktion hatte, wurden keinerlei Beschlüsse gefaßt.

Tagesneuigkeiten.

Die Preise steigen.

In den letzten vierzehn Tagen ist ein Steigen der Preise wichtiger Nahrungsmittel festzustellen. So ist insbesondere das Schweinefleisch um etwa zwei Kronen gestiegen, was — auf die bevorstehende Einführung höherer Zölle auf polnische Schweine zurückgeführt wird. Obwohl es noch gar nicht feststeht, daß die Viehzölle erhöht werden, werden schon die Absichten der Agrarier anscheinend von den Viehhändlern zu Preistreibern benützt. Der Bauer hat davon gar nichts und man kann da schon sehen, wie eine Erhöhung des Viehzolles tatsächlich wirken und wem sie zugute kommen würde. Ebenso steigen die Preise für Butter und Eier. Butter kostet in Prag gegenwärtig 28 bis 38 Kronen, die Eier werden mit 80 Heller verkauft.

Sie segnen schon wieder die Mordwaffen!

Der sonntägige Wiener Heimwehr-aufmarsch, der so häufig verfrachtet, stand nicht nur im Zeichen des Hahnenschwanzes, sondern auch des Weihwedels. Die Kirche Zeppels und Piffis hat sich ihrer alten Missionen wieder besonnen und stand nicht an in Ermangelung der Waffen, die sie einst segnete, den Erlass der Heimwehrrevolver symbolisch unter ihren Schutz zu nehmen. Wenn Gott zu Herrn Piffis schon nicht aus dem Munde der Komonen spricht, so anscheinend doch aus der Revolververschauze des Steidle. Dem Bericht der „N. Fr. Presse“ entnehmen wir folgende charakteristische Stelle:

„Auf dem Freiheitsplatz hatten sich ungefähr 1500 Mitglieder des Heimwehrverbandes eingefunden. Sie waren mit graugrünen Feldblatzen und grünen Steirerhüten, die mit Eichenlaub und Hahnenschwanz geschmückt waren, bekleidet. Eine Abteilung trug schirmlose Kavalleriemützen. Sie führte eine Anzahl von Wimpeln mit, die auf der einen Seite die rot-weißen, auf der anderen Seite die grün-weißen Farben trugen. Auf der

Plattform vor der Votivkirche war im Freien ein Altar errichtet

wurden. Hier standen die Bundesführer Dr. Steidle und Dr. Primer sowie Major Papst.

Nachdem der Geistliche die Wimpelweihe vorgenommen hatte,

wurde eine Anzahl von Heimwehrführern mit einer Tiroler Gedenkmünze dekoriert. Als die Musik dabei „Du mein Oesterreich“ intonierte, riefen die Zuschauer „Heil“ und „Hoch“

Damit kein Zweifel darüber bestehen könne, worum der fromme Gottesdiener die „Wimpel“ der Heimwehren segnet, hielt der Heimwehrführer Steidle vor dem Altar und angesichts des segnenden Wappens eine Lobrede auf Schöber, dessen Tätigkeit am 15. Juli er besonders feierte! Die Kirche segnet also die Waffen der Heimwehr, sie erklärt die Mordgesellen für Gotteskämpfer und auf sie kommt das Blut derer, die mit diesen Waffen in diesem Zeichen wieder Arbeiter und Arbeiterkinder ermorden werden!

Vor dem Altar bei der Votivkirche gab es aber noch andere Genrebildchen, die — sollte man meinen — zu dem Altar und dem Priesterfeld wie die Faust aufs Auge passen. Da erklärte etwa der Steidle auch:

„Wir müssen auch ein Wort an gewisse Bürgerliche richten, die nach dem Abgang Dr. Zeppels wie die Ratten aus ihren Löchern herausgetreten sind und

die sich mit der roten Fure ins Bett legen wollen.“

Das wird Piffis nicht hindern, den Steidle als ein Muster der christlichen Moral und einen Hort der strengen Sitte zu preisen. Die „N. Fr. Presse“, die sich hütet, im Hause des Gehelnten vom Strid, also in einer Inseratenplantage von Furen zu reden, umschreibt für fromme jüdische Ohren den gut christlichen Ausspruch des Steidle in zarter Weise:

„Wir werden aber auch mit gewissen bürgerlichen Kreisen uns auseinandersetzen haben, mit Leuten, die nach dem Abgange Zeppels jetzt wie die Ratten aus den Löchern hervorkriechen. Leuten, die es nicht erwarten können,

sich mit den Roten zu prostituieren.“

So oder so, jedenfalls der richtige Ton vor dem Altare und die sinnige Begleitmusik zu dem kirchlichen Segnen, der über die Wimpel von Mörderbanden ausgesprochen wurde, die sich noch heute des Wirtvergiehens vom 15. Juli freuen und ein neues Blutbad herbeiführen möchten.

Hoffentlich bleiben Massenausritte aus der Heimwehrkirche als Antwort auf den Waffensegen nicht aus!

Drei Häuer verschüttet.

Zwei bereits als Leichen geborgen.

Dehringen (Württemberg), 13. Mai. Der Flöz „Georg“ der Dehringen-Bergbauaktiengesellschaft stürzte infolge einer Erdrückung ein. Es wurden drei Häuer verschüttet, von denen bis jetzt zwei als Leichen geborgen wurden.

Katholiken, meist katholische Priester! Die sollten doch versöhnlich und von christlicher Nächstenliebe erfüllt sein. Die sind doch nicht in religionslosen Schulen erzogen, von roten Erziehern „verdorben“ worden. Wo bleiben denn die Früchte der religiösen Erziehung, wenn das am grünen, will sagen schwarzen, Holz geschieht?!

Der Bankrott der internationalen Zusammenarbeit gerade bei den Amerikanern zeigt sehr deutlich, daß die berühmte katholische Weltanschauung kein Bindemittel der Völkerverböhnung ist, sondern, daß sie engstirnige Egoisten und Rationalisten hervorbringt.

Ein neuer „Roter Tag“.

Fortschreiten der Zersetzung der APC.

Wie wir bereits berichtet haben, wollen die Kommunisten am 1. August auch in der Tschechoslowakei eine große Demonstration veranstalten, die sich schon von vornherein vom „Roten Tag“ des Vorjahres dadurch unterscheiden soll, daß sie ausschließlich gegen die Sozialdemokraten gerichtet ist. Die Kommunisten geben dies offen zu. In einem Rundschreiben des Politbüros wird unter anderem gesagt: „Der politische Inhalt der Aktion ist die Parole, Gegen die Sozialdemokratie!“ Es wird darin dann gesagt, daß diese Parole dadurch gerechtfertigt sei, daß die Sozialdemokratie die Rolle der bürgerlichen Vorhut darstelle. Der Zweck der Aktion sei die Zersetzung der Arbeiterkraft von den Reformisten, die Vorarbeiten bestehen darin, daß in den Betrieben und in allen Massenorganisationen der Arbeiterchaft die Arbeiter zu dieser Aktion aufgerufen werden, daß Betriebsversammlungen, öffentliche Versammlungen und Meetings die Arbeiter darauf vorbereiten sollen, daß in den Zeitchriften darüber geschrieben werden soll.

Man wird ja sehen, daß die Massen diesen Aufruf zum Kampf gegen die Sozialdemokratie ebenso teilnahmslos aufnehmen werden wie am 6. Juli des vorigen Jahres.

Inzwischen schreitet die Krise der APC weiter fort. Der Vorstand des Internationalen Allgewerkschaftlichen Verbandes hat in seiner Sitzung vom Sonntag alle Funktionäre der sogenannten kommunistischen Industrieverbände, die sich vor kurzem gebildet haben, ausgeschlossen. Diese Industrieverbände können außerdem gar nicht wirklich ins Leben treten, weil die Konstituierung nicht dem Geseze entsprechend erfolgt ist, sie also nicht als Gewerkschaften anerkannt werden, welche den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung bekommen. Soll dies geschehen, müssen die konstituierenden Kongresse dieser Verbände stattfinden. Interessant ist ferner, daß das Politbüro die oppositionellen Abgeordneten und Senatoren noch immer nicht ausgeschlossen hat; das kommt daher, weil Moskau es vorläufig nicht will. Dadurch ist nun ein Chaos in der APC hervorgerufen worden, weil die Abgeordneten und Senatoren innerhalb der Partei weiter für ihre Auffassungen Propaganda machen können. Außerdem ist eine Reihe von Kommunisten, die in der letzten Zeit aus der APC ausgeschlossen wurden, neuerlich zu Funktionen in Zellen und Kreisorganisationen berufen worden. Das Politbüro hat vorläufig auch dagegen nichts unternommen. Dazu tritt noch die finanzielle Krise in der kommunistischen Partei, die immer größer wird.

Wir brauchen ein neues Schulgesez.

Das „Narodni Osobozeni“ gedenkt des 60jährigen Jubiläums des Reichsschulgesezes in einem Leitartikel, in dem das Blatt zum Schluß zu folgenden beachtenswerten Ausführungen gelangt:

„Das Gesez war für seine Zeit gut und fortschrittlich. Wir danken ihm auch unsere kulturelle Entwicklung. Was es für unsere Länder bedeutet hat, ist schon aus einem Vergleich unserer entwicklungslahen Schulen mit dem Schulwesen in der Slowakei ersichtlich. Ein großes Verdienst dieses Gesezes war, daß es die Möglichkeit der weiteren Entwicklung des Schulwesens geschaffen hat. An den Bürgerschulen ist es beispielsweise am besten zu sehen. Aber in den 60 Jahren hat sich die Welt geändert, es haben sich die Bedürfnisse der Nation verändert, es ist daher auch ein neues Schulgesez notwendig, welches einen solchen Fortschritt in den nächsten 60 Jahren ermöglichen würde, wie das Schulgesez aus dem Jahre 1860.“

Dieser Meinung des genannten Blattes kann beigeprlichtet werden.

Svehlas Botschaft ist doch echt.

Wie ein tschechisches Blatt meldet, hat Montag abends auf der Weinberge eine Versammlung der Agrarpartei stattgefunden, in der auch Minister Sedlak, der auf dem agrarischen Parteitag die Botschaft Svehlas vorgelesen hat, zu Worte kam. Der Minister erklärte, daß er in der Botschaft Svehlas nichts gestrichen und nichts gefälscht habe. Svehlas habe die Rundgebung geschrieben und diese dem Redner mit dem ausdrücklichen Wunsch übergeben, sie möge auf dem Kongress vorgelesen werden. Wenn behauptet wird, daß die Botschaft zwei Jahre alt sei, sei dies falsch.

Erfolgreiche Betriebsauswahlwahl bei Ginzky in Maffersdorf.

Am Freitag und Samstag haben die Betriebsauswahlwahlen bei der Firma Ginzky in Maffersdorf stattgefunden, die der Union der Textilarbeiter einen schönen Erfolg brachten. Es erhielt die Union der Textilarbeiter 286

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Verhandlungen in den Verbandsbanken.

Beide Bankbeamtenorganisationen teilen uns Folgendes mit:

Die Verhandlungen über die neue Gehaltsregelung, die infolge des bekannten Beschlusses des Bankverbandes in die einzelnen Institute übertragen wurde, spielen sich in verschiedener Form ab. Die Direktion der Länderbank ist als einzige davon geschritten, bereits vom 1. Mai L. J. ein neues System einzuführen, das mit Rücksicht darauf, daß es weder grundsätzlich noch in Bezug auf das allgemeine Niveau der Regelung den Forderungen der Beamtenchaft entspricht, sowohl von den Angestellten als auch von den Organisationen abgelehnt wird. Die Böhm. Escompte-Bank und Credit-Anstalt und die Unionbank haben Verhandlungen eingeleitet, deren bisherige Ergebnisse jedoch keineswegs solcher Art sind, daß in bestimmter Form mit dem Justizministerium einer Vereinbarung gedenkt werden könnte. Die in diesen Instituten zu Tage tretenden Gegensätze betreffen in gleicher Weise sowohl einige grundsätzliche Fragen als auch die Bedingungen für die künftige Einreihung der Beamtenchaft. In den anderen Verbandsbanken haben bisher die Direktionen entweder überhaupt keine Elaborate vorgelegt oder aber es sind die begonnenen Verhandlungen über das Anfangsstadium nicht hinausgegangen. Einige in diese Gruppe zu zählenden Banken haben sich ursprünglich die Durchführung der Regelung so vorgestellt, daß sie sich nur auf jene Richtlinien beschränken würden, die in dem feineren Teil des März L. J. vom Bankverband vorbereiteten „Skizze“ enthalten waren, dessen Beschlüßfassung bekanntlich zu einer Krise im Bankverband geführt hatte. Gegen derartige Absichten haben sowohl die betreffenden Beamtenvertretungen als auch die Organisationsleitungen in entschiedenster Weise Stellung genommen und die Forderung erhoben, die Gehaltsregelung auf Grundlage der modifizierten, von den Beamtenvertretern im Einverständnis mit den Organisationen ausgearbeiteten Entwürfen verwirklicht werde. Angesichts dieses Standes der Dinge kann von keinem befriedigenden Verlauf der Verhandlungen gesprochen werden, denn die bisher in allen Instituten zutage tretenden Gegensätze schließen — sofern sie in alternativer Zeit nicht gebannt werden — die Möglichkeit einer neuerlichen Verschärfung des Konfliktes keinesfalls aus.

Verbrauch und Produktion.

Im Aprilheft 1929 der „Internationalen genossenschaftlichen Rundschau“, dem Organ des Internationalen Genossenschaftsbundes bespricht Antonio Bergnani - Rom die hochbedeutende Frage des direkten Getreidebezuges seitens der Verbraucherorganisationen von den organisierten Produzenten.

Der Genossenschaftsbewegung würde sich damit ein weites Feld der Betätigung eröffnen, wobei der Verfasser auf die Unterstützung durch die Regierungen und die Behörden rechnet. Ob diese Erwartung überall zutrifft, sei dahingestellt. In Frage läßt vor allem die Getreidezufuhr nach Europa aus anderen Kontinenten. Europa braucht die Hälfte der gesamten Getreideproduktion, die rund eine Milliarde Tonnen jährlich beträgt. Da es selbst nur etwa 300 Millionen Tonnen erzeugt, müssen 200 Millionen eingeführt werden, und zwar etwa 255 Millionen in Form von Getreide und der Rest als Mehl.

Die europäischen Länder, die Getreide einführen, sind die folgenden:

England	jährl. 45 bis 50 Mill. Zentner
Italien	jährl. 20 bis 30 Mill. Zentner
Frankreich	jährl. 15 bis 25 Mill. Zentner
Deutschland	jährl. 15 bis 20 Mill. Zentner
Belgien	jährl. 4 bis 5 Mill. Zentner
Niederlande	jährl. 3 bis 4 Mill. Zentner

Darauf folgen Oesterreich, Polen, die Tschechoslowakei und die Schweiz mit rund je zwei Millionen Zentner und Schweden, Dänemark und Norwegen mit ungefähr ebenso großen Mengen.

Die einzigen Ausnahmen sind Rumänien, Ungarn und Litauen, die, wenn sie den Bedarf ihres heimischen Marktes gedeckt haben, noch eine bescheidene Menge für die Ausfuhr nachbehalten.

Von den Ländern, die die europäischen Märkte beliefern, sind die bedeutendsten: Kanada mit ungefähr 70 Millionen Zentner; die Vereinigten Staaten mit ungefähr 30 Millionen Zentner; Argentinien mit ungefähr 31 Millionen Zentner; Australien mit ungefähr 31 Millionen Zentner. Rußland führte vor dem Kriege 40 Millionen Zentner aus und hat diesen Stand noch nicht erreicht.

Antonio Bergnani macht aufmerksam, daß eine Initiative des Internationalen Genossenschaftsbundes durch die Bildung der großen Vereinigung der Weizenproduzenten in den vorerwähnten vier Ländern erleichtert würde. Rame auch Rußland wieder als Getreidelieferant in Frage, wären drei Viertel der Ausfuhr in den Ländern der organisierten Erzeuger. Das Bedenkliche dabei ist, daß die amerikanischen und australischen Weizenbauern auf ihre Fährten die gleichen Grundzüge geschrieben haben wie die Konsumvereine.

Da der Internationale Genossenschaftsbund versucht, eine ständig wachsende Gruppe der verschiedensten Kräfte zusammenzufassen, um das Lebenshaltungs-niveau der Menschheit mit einem Mindestaufwand von Opfern zu heben, ist die angeregte direkte Verbindung zwischen den organisierten Getreideproduzenten und den europäischen Verbrauchern ganz folgerichtig.

Die praktische Durchführung ist natürlich heute noch sehr ferner. Aber die Zeit wird kommen, wo auch dieses gigantische Werk gelingt.

Streik der Arbeiter in der Meißelfabrik und Lederwarenindustrie in Karlsbad sowie in Nikolsburg.

Vom Verband der Bekleidungsarbeiter, Zitz Reichenberg, wird uns geschrieben: Da die Vertragsverhandlungen, die in letzter Zeit geführt wurden, infolge des zu geringen Entgegenkommens der Unternehmer zu keiner Einigung führten, traten die Arbeiter der Kofferfabrik Kuchler in Nikolsburg in Süd-Mähren am 8. Mai in den Streik. Die durch die Behörde herbeigeführten Verhandlungen scheiterten ebenfalls, so daß der Kampf ungeschwächt weiter geführt wird.

Die Verhandlungen mit den Firmen Hofmann und Stief in Karlsbad zwecks Abschluß eines neuen Vertrages, die sich schon wochenlang hinzogen, mußten ebenfalls abgebrochen werden, weil das Angebot der Unternehmer vollständig unzulänglich war. Die Arbeiter traten daraufhin am 13. Mai gleichfalls in den Streik. Da nun die Gefahr besteht, daß die Unternehmer versuchen, Taschnern, Portefeuilern und Koffermachern zu gewinnen, machen wir die Leserschaft auf die Lohntämpfe aufmerksam. **Zug von Taschnern, Portefeuilern und Koffermachern zu den Firmen, Kuchler in Nikolsburg und Hofmann und Stief in Karlsbad ist streng fernzuhalten.**

Dazu schreiben uns die Arbeiter aus Nikolsburg:

Die Arbeiter der Nikolsburger Kofferfabrik haben den Lohnvertrag kündigen müssen, weil sie mit Löhnen von K 1.— pro Stunde angefangen nicht leben können.

In der zweimonatlichen Rindigungsfrist hat die Firma es nicht der Mühe wert gefunden, über die Forderungen der Arbeiter zu verhandeln. Nach den zwei Monaten durch die Organisation der Arbeiter zu Verhandlungen gezwungen, lehnte die Firma jede

Lohnerhöhung rundweg ab und versprach der Arbeiterchaft „glänzende“ Verdienste durch Einführung der Akkordarbeit.

Infolge der brüskten Ablehnung jeglicher Lohnerhöhung hat die Arbeiterchaft am Mittwoch, den 8. Mai einmütig die Arbeit niedergelegt. Durch das einmütige Vorgehen der Arbeiter genötigt, fand sich schließlich die Firma bereit, eine Lohnerhöhung von 2 bis 7 1/2 Prozent auf die Grundlöhne zuzustehen, als Mehrverdienst bei der einzuführenden Akkordarbeit hat sie aber trotz aller Bemühungen nur 4 Prozent, im letzten Augenblick 5 Prozent zugestanden. Aber auch das letzte Zugeständnis auf der politischen Behörde wurde eine Stunde später widerrufen. Es ist der Arbeiterchaft unmöglich, ohne entsprechende Sicherung für einen Mehrverdienst im Akkordlohn zu arbeiten, und weil nicht einmal das letzte Zugeständnis von der Firma eingehalten wurde, so stehen die Arbeiter weiter im Kampfe um ihr altes Recht. Die widerliche Komödie, welche besonders von den Zehnen des Mittels während den Verhandlungen mit der Arbeiterchaft getrieben wurde, hat diese erst recht in dem Glauben bestärkt, daß nur volle Einmütigkeit zu einem Erfolge führen kann.

Kein Mensch glaube den leeren Versprechungen, die man wünschlich machen wird, um Streikbrecher zu gewinnen. Eine Firma, die ihre verdienten alten Arbeiter so behandelt, wird auch andere nicht besser behandeln.

Alle Arbeiter ohne Unterschied und die öffentliche Meinung rufen wir auf, die gegen Unternehmervillfür und um ein größeres Stückchen Brot kämpfenden Arbeiter der Kofferfabrik moralisch zu unterstützen.

Die streikende Arbeiterchaft der Kofferfabrik Nikolsburg.

Ausperrung in Virkigt.

Die Firma Jordan & Söhne, hat die Arbeiterchaft ihrer Papierfabrik in Virkigt, 117 Personen, am 10. Mai l. J. ausgesperrt, weil sie es wagte, eine Protestversammlung wegen zweier ungerechtfertigter Entlassungen während der Arbeitszeit zu veranstalten.

Die Entlassung dieser zwei Arbeiter war auf die Demunziation des in der Nachschicht „aufsichtsführenden“ Nachwächters zurückzuführen, der über beide Arbeiter der Wahrheit widersprechende Anzeigen bei der Firmaleitung erstattete. Gegen diesen Nachwächter bestand seit Wochen eine große Erbitterung unter der Arbeiterchaft, weil er sie auf das unverschämteste bespötelte und bei der Firma verlästete. Er verschonte in seiner Verfolgungswut nur jene Arbeiter, welche ihm gelegentlich die nötige Anzahl Zigaretten schenkten. Er war daher bei der Firma gut angesehen, obwohl er stark der Trunksucht ergeben ist. Im vorliegenden Falle kam die Erbitterung der Arbeiter spontan zum Ausdruck. Aber anstatt nun Gerechtigkeit zu üben und den Konfliktquellen auf die Spur zu gehen, weiß die Firma nichts Besseres zu tun, als die ganze Arbeiterchaft auszusperrern. Neben die Entwicklung dieses der Arbeiterchaft unter eigenartigen Umständen aufgewungenen Kampfes werden wir noch berichten. **Zuzug nach Virkigt ist fernzuhalten!**

Der Reichsverband der Bergbau- und Hüttenangestellten gibt zum zehnjährigen Jubiläum seines Verbandes und aus Anlaß seines vierten ordentlichen Verbandstages am 18. und 19. Mai in Teplitz ein Sonderheft seiner Zeitschrift „Grube und Hütte“ heraus, das tatsächlich einer besonderen Erwähnung wert ist. Besonders wertvoll ist eine eingehende Darstellung der Geschichte des Verbandes aus der Feder seines Sekretärs Dr. Artur Bezdek, wie eine Uebersicht über das, was der Verband heute leistet. Geschmückt ist das schöne Heft mit zahlreichen Bildern.

Bata in Jugoslawien. Die Firma Bata beabsichtigt in Kpatin (Ort im ehem. ungarischen Gebiet Jugoslawiens) eine Schuhfabrik zu errichten, die ungefähr 2000 Arbeiter beschäftigen soll.

Dieser Tage weist ein Vertreter der Firma Bata in Kpatin und verhandelte mit dem Gemeinderat. Bata will die Fabrik nur dann errichten, wenn ihm die Gemeinde den Baugrund unentgeltlich zur Verfügung stellt.

Prager Produktenspreise. (Offizieller Bericht vom 14. Mai.) Die Tendenz der Produktenspreise blieb auch heute sehr schwach gehalten. Bei unbedeutender Kaufkraft herrschte am Marke wiederum großes Angebot in Getreide vor. Die neue Verfassung der Auslandsmärkte sowie das dem Saatensande günstige Wetter übten gleichfalls nicht ohne Erfolg. In Mähren gab es sowohl Weizen als auch Roggen gegenüber den letzten Notierungen um 3 K nach (in den amtlichen Schlußkursen war Roggen um 2 K niedriger, während Weizen unverändert blieb. Hofer verblieben bis um 5 K und auch Gerste, welche infolge der fortgeschrittenen Saison geschäftlos ist, erfuhr einen Rückgang um 2 K. Am Weizenmarkt stieß der Absatz vollkommen und die Preise passsen sich dem Rückgang am Getreidemarke an. Roggenmehl verblieben bis um 2 K. Gleichzeitig mit dem Rückgang der Getreidenotierungen verblieben sich in Futtermitteln Mele um 1 K. Heu und Stroh gab es um 2 K nach. Auf den anderen Gebieten wäre auf den Rückgang um 3 K in Kartoffeln hinzuweisen. Etwas fester tendierten Eier, welche um 1 K teurer gegenüber der Vorwoche bezahlt wurden. Der heutige Besuch war ziemlich bedeutend, das Geschäft jedoch minimal. — Es notierten in K: Rotweizen böhm., 80—82 K. 186—190, gelber Weizen böhm., 75—77 K. 174—176, 78—79 K. 178—182, Roggen böhm., 69—72 K. 157—160, Gerste Ia 165—168, mittlere Gerste 158—163, Futtergerste 135—140, Hofer böhm. 160—163, rumän. Futtermais, Kleinlohnig 156—157, Futtermais La Platz, Teischer 157—159, Weizenroggen 304—322, Weizenmehl OHH doppelgerichtig 285—300, Weizenbackmehl O glatt 262 bis 270, Nr. 1 240—250, Weizenbrotmehl Nr. 4 198—206, Futterweizenmehl Nr. 8 153—156, Roggenmehl O-I 232—256, I. 232—236 II. 178 bis 183, Roggenfutermehl 149—150, ungar. Grobmehl, Bratislava 295—300, amer. Patentmehl, Teischer 320—325, Reis Burma II, Teischer 275—280, Roulmain, Teischer 340—360, Buchreis 230—250, Hirse 340—350, Gruppen 250—270, Erbsen grün 360—390, gelb 240—270, Viktoria 375—425, Linen 825—900, Pelfasche 240—250, Sommerwilde 240 bis 250, Naturroste 575—600, Roßtee plomb. 975 bis 1175, Weißtee 650—1150, Schwedenklee 1300—1800, Wundklee 700—800, Rosenklee 600—625, ital. Plomb. Luzernklee 1100—1200, franz. Plomb. Luzernklee 1525—1625, Raps 290—300, Senf 350—380, böhm. Mohr blau 630—650, Mohr Silbergrau 750—780, Leinsamen 260—310, Rummel böhm. 650—670, holland. 600—710, weiße Speisefarbstoffen, Verlobst. 39—43, Speisefarbstoffen gelbstichig, Verlobst. 46 bis 51, Weizenklee 120—121, Roggenklee 120—121, „Zoo“ Schrot 180—184, infand. Rapskuchen 171 bis 176, Leinsuchen 192—195, Arrachidensuchen 192 bis 195, Industriemalzblüte 133—138, Futtermalzblüte 130—133, Heu böhm. fover, ungepreßt, Prag 108—113, süß, ungepreßt, Prag 120—128, fover, gepreßt, Prag 110—118, süß, gepreßt, Prag 125 bis 133, Roggenstroh in Bündeln, ungepreßt, Prag 63 bis 65, Futterstroh, gepreßt, Prag 50—52, ungepreßt, Prag 50—52, amerik. Heu, Teischer 1275 bis 1300, Eier (für 1 Schock): frische böhm. und mähr. freo Prag Bahnst. 43, frische ova. slow. freo Prag Bahnst. 41—42.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 14. Mai.

	Wels	Ware
100 holländisch Gulden	1357.10	1361.10
100 Dinar	59.29	59.54
100 Reichsmark	800.25	802.75
100 Belgas	468.55	469.75
100 Belgas	587.87	589.87
100 Schweizer Franken	649.90	651.90
1 Pfund Sterling	163.70	164.30
100 Lit	176.62	177.42
1 Dollar	131.73	132.28
100 japanische Franken	377.87	378.87
100 polnische Zloty	474.14	475.64

Die letzten Wittelsbacher.

Der Dichter Herbert Gulenberg, seit langem bekannt als ein Meister der historischen Miniatur, des Schattenrisses, in dem er Persönlichkeit und Stunde oft mit eindringlichster Schärfe festhält, hat nach seinen „Hohenollern“ nun den zweiten Versuch einer größeren historischen Arbeit unternommen. Er hat eine Monographie der süddeutschen Antipoden der Hohenzollern geschrieben: **Die letzten Wittelsbacher** (Phaidon Verlag Wien, 306 Seiten, 15 Tafeln). Das Thema schon bedeutet ein Gegenstück zu der Geschichte der Hohenzollern und von dem Gefühl der Gegenätzlichkeit der beiden Dynastien ist auch die Darstellung zum Teil getragen. Mit seinen Sympathien steht der Rheinländer Gulenberg bei den Wittelsbachern und bis zu einem gewissen Grade soll sein Buch wohl auch eine Ehrenrettung der bayerischen Dynastie sein, wobei er freilich in dem unglücklichen Ludwig II., den letzten Bayernkönig, in seinen beiden Nachfolgern nur Usurpatoren sieht.

Die Vorgeschichte des Hauses Wittelsbach in Bayern wird kurz erzählt, Lenger verweist der Autor bei den Verzweigungen der Dynastie im 18. Jahrhundert, bei den Erbassessitzungen, die endlich dazu führen, daß eine der pfälzischen Nebenlinien der Wittelsbacher die bayerische Kurfürstentwürde erlangt. Der erste dieser „letzten Wittelsbacher“ ist Max Joseph, in Straßburg geboren, französischer Offizier und dann als Fremder in das Land an der Isar verpflanzt, in dem er aber bald den Ruf eines bescheidenen, bürgerlich empfindenden Königs erwidert. In der national deutschen Ge-

sichte hat der Name dieses ersten Königs von Bayern keinen guten Klang, hat ihm doch Napoleon den Königsitel verliehen und als Verbündeter Napoleons bezogen er uns 1805 und 1806, 1809 und noch 1813, wo ihn erst der Gewissensstreich des Generals Wrede von der Allianz mit dem Kaiser der Franzosen löst. Gulenberg sieht das Bild dieses Herrschers sympathischer und vom bayerisch-lotharpatriotischen Standpunkt aus endet seine Regierung ja mit einem stattlichen Gewinn. Doch in ihm noch einmal die überste Dynastienpolitik des 18. Jahrhunderts triumphiert, die mit Unteranen schachtet und hofariert, wird doch nicht zu vergessen sein.

Dagegen scheint die Würdigung, die Gulenberg Ludwig I., dem Erbauer des neuen Münchens, zuteil werden läßt, auch vor einer kritischen Geschichtsschreibung als gerechtfertigt. Dieser „deutsche“ Bayernkönig hatte seine Schranken und deutsch-mittelnde Sonderheiten, aber im Grunde des Person war er ohne Zweifel der einzige national empfindende Fürst seiner Zeit und darüber hinaus einer, der das Nationale von der kulturellen Seite her verstand. Ihn zu werten, darf man die Frage nicht so stellen, als ob es sich um Republik und Monarchie handelte, sondern so, wie die Geschichte sie wirklich stellte: hat unter den gegebenen ökonomisch-sozialen und politischen Verhältnissen Ludwig I. sein Amt zum Nutzen oder Schaden seines Staates und seiner Unteranen ausgeübt? Und verhältnis mit der bayerischen „Republik“ der Jahr und Zeit war die Monarchie Ludwigs I. ohne Zweifel eine kulturelle und humane Institution. Es ist besonders erfreulich, daß Gulenberg auch den Ruf findet, seines geschäftigen Angriffs auf den Bayernkönig mit aller Schärfe zurückzuweisen.

Schließlich gehört im Zeitalter der liberalen Pressefreiheit in der öffentlichen Meinung mehr Mut dazu, gegen Heine als gegen die Wittelsbacher aufzutreten!

Die seit Jahrzehnten immer wieder maßlos aufgebauscht und einseitige Lola Montez-Affäre wird von Gulenberg auf das Maß historischer Wahrheit zurückgeführt, die keineswegs sehr revolutionären, sondern spießbürgerlich konservativen Beweggründe der Montez-Stürmer finden hier zum erstenmal vor der breiteren Öffentlichkeit ihre Kritik.

Neben dem Kapitel, das dem Nachfolger Ludwigs I., dem König der Münchener Dichterschule, Max II., gewidmet ist, räumt Gulenberg ein besonderes dem tragikomischen Hellenskönig Otto, dem zweiten Sohne des ersten Ludwigs ein, der ein Opfer der romantischen Griechenschwärmerei seines Vaters und der unklugen bayerischen Ratschläge wurde.

Den Dichter Gulenberg fesselt an seiner Aufgabe am meisten die Gestaltung der Tragödie Ludwigs II. Die legendäre Gestalt des melancholischen Fürsten, der sich im Starnberger See ertränkte, schließt die Reihe der vier Wittelsbacher ab, denen Gulenbergs Sympathien gehören. Gegen die Version von Ludwigs Wahnsinn kämpft er mit aller Leidenschaft und auch mit überzeugenden Argumenten. Es wird nach dieser fesselnden Darstellung doch wahrscheinlich, daß Ludwig II., im Grunde ein harmloser Schwärmer, ein romantischer Sonderling, den der Byzantinismus seiner Umgebung erst zum Menschenverächter machte, ein Kaiser herrschaftlicher und Kruppelcher Verwandten wurde und daß es mittelbarer Fürstenmord war, der die letzte Linie der bayerischen Wittelsbacher vorzeitig auf den Thron

rief. Der Freund und tapfere Förderer Wagners, der Verehrer Bismarcks — trotz unerkennbarer Preußenfeindschaft —, der tief menschliche und offener kriegerischer Soldatischen Politik feindschäftige König erscheint auch bei Gulenberg nicht als Idealgestalt eines konstitutionellen Monarchen, immerhin aber königlicher und ritterlicher als seine Nachfolger. Diese zeichnet Gulenberg ebenso rückhaltlos, wie er seine Sympathien zu den älteren Bayernkönigen bekundet hat, in ihrer ganzen jämmerlichen Spiekergeimung und Unfähigkeit. Daß weder der Prinzregent Luitpold bei all seinen martialischen Gesten, noch der letzte König von Bayern Max und Geist genug hatten, der Führung Wilhelms II. zu opponieren und so die einzige Funktion, die ihrem Königtum im neuen Reich noch Sinn gab, nicht erfüllten, erkennt Gulenberg als ein Verhängnis der Wittelsbacher, aber auch als eines der deutschen Nation.

Man darf an dieses Buch natürlich nicht den Maßstab strenger historischer Unterlegung anlegen. Es ließe da fast alles schuldig, was man etwa von einer Geschichte Bayerns verlangen. Auch die Geschichte der Dynastie wird wohl allzu sehr gelöst von dem sozialen Untergrunde bayerischen Lebens erzählt. Aber das Buch will ja auch nicht eine wissenschaftliche Monographie, sondern dichterisch gefundene und gestaltete historische Wahrheit über Leben und Wesen einer Familie sein. Das gelang, und da die Absicht gut, die Arbeit ehrlich ist, wird dieses Buch auch keine Monarchisten erzigen.

Gulenberg's Art zu erzählen, ist fesselnd, sein Stil leider stellenweise nicht ganz rein.

Dr. G. J.

Gerichtssaal. Mordversuch an der Gattin. Schändung der Stieftochter.

Gelesen wurde der 42jährige Fabrikarbeiter Hugo Brenner aus Mähr. Loschau bei Znojmo wegen verübten Mordes, Schändung und Erpressung vor dem Prager Gerichtssaal. Die Anklage lautet folgendermaßen:

Im Jahre 1918 heiratete Hugo Brenner die Witwe Josefa Lufner, Pensionistin der Tabakregie und Inhaberin eines Hauses in Mähr. Loschau. Josefa Brenner ist um acht Jahre älter als ihr Mann und hat aus erster Ehe eine jetzt 17jährige Tochter. Die Ursache der häufig vorwommenden Streitigkeiten in der Ehe war einerseits darin zu suchen, daß Brenner nach dem Vermögen seiner Frau trachtete und von ihr verlangte, die Hälfte ihres Hauses ihm zu schreiben zu lassen oder ihm 3000 K zu geben. Ein anderer Grund lag darin, daß Brenner mit allen Mitteln verfuhr, die damals noch nicht 17jährige Tochter der Josefa Brenner aus erster Ehe geschlechtlich zu mißbrauchen. Das Mädchen widerstand seinen Verführungen und schied sich von Mutter, der sie ihr Leid klagte. Als aber Brenner nicht nachließ und sie sogar am Leben bedrohte, gelang es ihm einmal, sie sich gefällig zu machen. Er besah ihr, niemandem etwas zu sagen, da sie sonst ihre Mutter nicht widersehen würde. Von dieser Zeit an belästigte er sie über.

Am 26. Februar 1920 ging die Stieftochter Brenners am Abend in ein Gasthaus in Mähr. Loschau zu einem Fest. Gegen halb 1 Uhr nachts kehrte sie in Gesellschaft einiger Mädchen und Burschen heim. Als sie zu ihrem Hause kam, hörte sie den Ruf: „Feuer!“ und sie erkannte die Stimme ihres Stiefvaters. Da die Rufe nicht aufhörten und sie wieder Stimmen nach Rauch sah, glaubte sie, der Stiefvater sei verbrannt worden, und lief zum Armeehaus. Als sie aber bemerkte, daß die Leute zu ihrem Hause liefen, kehrte sie auch zurück und nun sah sie im Zimmer Mörder. Sie fragte den Stiefvater, wo die Mutter sei, und der gab ihr zur Antwort, sie solle ruhig sein. Das Mädchen verlangte, daß Brenner die Mutter herbeiführe. Brenner gab zur Antwort, dies sei schon zu spät. Ein gewisser Bernhard Stefan zerbrach nun ein Fenster und drang ins Zimmer, wo Josefa Brenner im brennenden Bett ohnmächtig lag. Er trug sie ins Freie und von dort brachte man sie zu einem Krankenhaus. Josefa Brenner blutete und hatte an Händen und Füßen Verbrennungen. Obwohl sie bewußtlos war und phantasierte, verlangte ihr Mann von ihr, sie möge sagen, was ihr geschehen sei, da sonst die Leute glauben würden, daß er ihr etwas getan habe. Josefa Brenner wurde ins Spital gebracht, wo konstatiert wurde, daß sie eine Schmerzwandlung, verursacht durch einige Stöße auf den Kopf, ferner Verbrennungen an der rechten Hand und am linken Fuß und blutunterlaufene Stellen am Hals beobachtet worden. Die Brenner sagte aus, daß sie im Schlafe plötzlich wachte, wie sie jemand wäge. Als sie aufschau, vernahm sie eine Stimme: „Halt's Maul!“ Die ertönte die Stimme wegen der großen Schmerzen nicht und ließ bald darauf in Ohnmacht. Später sagte sie aus, daß, als sie in einem Auto ins Spital transportiert wurde, ihr Mann sie da, sie möge nicht sagen, daß er ihr das getan habe, weil er sonst eingesperrt würde.

Brenner wurde verhaftet und gab an, daß er im Schlafe einen dumpfen Schlag gehört habe. Er

erwähnte und als er bemerkte, daß das Bett der Gattin leer sei, lief er hinaus und sah seine Frau am Boden liegen. Er trug sie angeblich ins Zimmer und legte sie ins Bett. Sodann schlief er von neuem ein und verspürte plötzlich Rauch. Als er erwachte und das ganze Zimmer voll Rauch war, nahm er seinen vierjährigen Sohn auf den Arm, lief mit ihm ins Freie und rief um Hilfe. Bezüglich des Feuers sagte Brenner, es sei möglich, daß das Bett von einer brennenden Kerze am Weihnachtsbaum oder von der Petroleumlampe Feuer gefangen habe. Diese Verantwortung Brenners wurde aber durch verschiedene Umstände widerlegt. Das verdächtige Benehmen Brenners nach der Tat weist darauf hin, daß er seine Gattin mit dem Vorhaben, sie ihrer zu entledigen und auf diese Weise sich ihres Vermögens zu bemächtigen, in der Nacht im Zustofe überfiel, sie würgte, auf den Kopf schlug und das Bett anzündete, in welchem sie lag. Die Gendarmerie fand bei der Untersuchung eine Holzspore, die Blutspuren aufwies. Es dürfte dies das Instrument sein, mit welchem Brenner auf seine Frau losging. Die Beschuldigungen seiner Stieftochter gegenüber stellt Brenner überhaupt in Abrede.

Die Verhandlung, die unter Ausschuß der Öffentlichkeit geführt wurde, leitete als Vorsitzender OSH. Kevndl, die Anklage vertrat Dr. Kuban, den Angeklagten verteidigte Dr. Seidl. Der Angeklagte Hugo Brenner erklärte sich für unschuldig: „Ich habe keinen Grund gehabt, meine Frau zu schlagen“. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Ehe glücklich war, sagte der Angeklagte, daß zuerst alles gut gewesen sei, erst als das Mädchen heranwachsen war, gab es fortwährend Streitigkeiten, da er gegen das Mädchen sehr streng war und ihr den Umgang mit jungen Leuten untersagte. Der Mordversuch an seiner Frau begann er entschieden und behauptet, durch einen dumpfen Schlag am dem Hals gelandet worden zu sein und seine Frau am Boden liegend gefunden zu haben. Er habe sie ins Bett getragen und sei wieder eingeschlafen. Später sei er dann durch das Feuer aufgewacht worden. Wie dies entstanden sei, weiß er nicht, ebenso konnte er keine Erklärung dafür geben, wie bei ihm im Zimmer eine Kerze aus. Eine Reihe von anderen Zeugen belasteten den Angeklagten ebenfalls schwer. Nebenher behauptet er, daß das Feuer durch den umfallenden Weihnachtsbaum entstanden sei. Sie hätten sich aber überzeugt, daß dies nicht der Fall war, da der Weihnachtsbaum, als sie ins Zimmer schauten, noch stand. Ferner haben alle gehört, wie Brenner fortwährend seine Frau, als sie schon gerettet war, fragte: „Nicht wahr, Aram, ich habe dir nichts getan?“

Nach den Plädoyers zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück und befragten die Fragen um verübten Mordversuch, verübte Verführung zur Unzucht und Mißbrauch; verurteilt wurden die Fragen auf Schändung und Erpressung. Das Gericht verurteilte Hugo Brenner auf Grund dieses Wahrspruchs zu zehn Jahren schweren Kerker und Verlust des Wahlrechts. Der Angeklagte behielt sich drei Tage Bedenkzeit vor.

Kunst und Wissen.

Photographische Ausstellung.

Es ist heute unumstößlich, daß Aufnahmen der photographischen Kamera nicht nur künstlerischen Wert besitzen, sondern wirksam Kunstwerke sein können. Eine schlagende Bestätigung dieser Tatsache ist die Möglichkeit und Möglichkeit dieser schlagenden Wirklichkeit der photographischen Ausstellung der schwedischen Photographischen Gesellschaft in Prag.

Die ausgestellten Arbeiten lassen sich in zwei Gruppen teilen: in künstlerische Aufnahmen und in wirkliche Kunstschöpfungen. Und es ist kein Zufall, sondern künstlerische, geistige Notwendigkeit, wenn die erste Gruppe dem westlichen Realismus, um nicht zu sagen dem Naturalismus, nahe steht, die andere aber ausgesprochen expressiv-konkret ist. Es liegt eben die Aufgabe des Künstlers — und auch der Photograph — darin, die Natur nicht abzubilden, sondern sie neu zu gestalten, aus chaotischer Wirklichkeit eine kompositiv-gestaltliche Einheit zu schaffen. Die einen begnügen sich nun damit, die Natur künstlerisch zu schauen, sie nehmen die Natur wie sie ist, und lassen sie mit ihrer Kamera ein, die anderen gestalten sie mit Hilfe der Natur, indem sie diese selbst anordnen, also nicht mehr nur abbilden, sondern die Wirklichkeit selbst künstlerisch aufbauen und erst dann photographieren. Diese Bilder, wie z. B. die von Fante oder von Kestelke oder J. Zudek stellen wirklich Kunstwerke dar.

Damit sei aber nicht gesagt, daß diese Art von Photographie die einzige sein soll; hiermit will nur das Gebiet der photographischen Kunst abgegrenzt sein. Und gerade diese Ausstellung zeigt, wie prächtige Bilder sich durch bloßes Abbilden der Wirklichkeit erzielen lassen. Sie bilden die Mehrzahl der ausgestellten Werke. Sie unterscheiden sich in unumstößlicher Weise, daß wohl jedes einzelne hohe künstlerische Qualitäten aufweist, daß die sch-

neide Darbietung selbstverständlich bei allen edellos ist. Dieser Ausstellung, die in der neuen Generalsbibliothek am Marienplatz untergebracht ist, wäre ein recht großer Erfolg zu wünschen.

Carl Ledwitzer.

Vortrag Alfred Barfels über moderne Klavierpädagogik. Als Gast der Prager Deutschen Musikakademie sprach vor gestern im Zuecunsaal der Professor des Klavierspiels am Leipziger Konservatorium Alfred Barfels über das Thema „Moderne Klavierpädagogik als musikalische Ausbildungsmittel“. Zagen in der Ausführung dieses Themas ist das Ziel der modernen Klavierpädagogik gegeben. Barfels Ausführungen spielten in der Hervorhebung des Unterschiedes zwischen dem reinen und pädagogischen Klavierspiel, als dessen Ausgangspunkte er die beiden berührt gewordenen Techniken Robert Schumanns, die Tabulaturbücher Morstons und Czebiedas, hinstellte und immer wieder auf sie Bezug nahm. Aus dem richtigen und gesünderem Klavierspiel leitet Barfels alle anderen für den Klavierspieler gültigen Axiome ab, die die Klavierpädagogik gegenwärtig, die Verbindung und den Aufbau der Organe betreffen. Daß der Klavierspieler Barfels seinem Instrumente das Wort redet und ihn trotz Grammatik und Kodex eine notwendige Zukunft als Stimmungsbildner und Stimmungsmittler weißt, — wenn nur die moderne Klavierpädagogik den richtigen Weg geht, — war nur gut und billig; daß er aber einseitig, Weile immer und immer wieder nur für die allein selbige machende Methode seines Lehrers Schumanns, des marxistischen Vertreter der modernen Gewichtsphilosophie, eintrat und dabei die hochbedeutende moderne Wiener Klavierpädagogik (Robert's) abfällig überging, ist kaum zu rechtfertigen. Die für den Vortrag nötigen praxis-

Der Kleingarten

seine Anlage, Einteilung und Bewirtschaftung. Von Max Rederlitz Nr. 6. 50 VOLKSBUCHHANDLUNG Kremsier & Co. Teplitz-Schönau, Köstlerstraße 13 direkt gegenüber dem neuen Stadttheater.

FRANZENSBAD

Stärkste der bekannten Glaubensquellen. Das erste Moorbad der Welt. Hervorragendes Frauen- und Herzkilbad.

HEILT Herz- und Frauenleiden, Kinderlosigkeit, Gicht, Rheumatismus und chronische Stuhlverstopfung, Fehlbildigkeit, Reagenzierungsleiden. Auskünfte durch die Kurverwaltung. Vor- und Nach-Saison ermöglichte Preise. **Bäder-Eröffnung am 15. April.**

schen Erläuterungen am Forster-Flügel besagte Professor Josef Langer, der Leiter der Jongierklasse für Klavierspiel an der Deutschen Musikakademie, ein moderner Pianist ganz großen Formats, dessen Ausdruckskraft im Spiele und dessen Anschlagskultur außerordentlich sind; die größten stilistischen Gegensätze überwand er mit ungläubiger Selbstverständlichkeit. Er spielte Tonstücke von Beethoven, Chopin, Fink, Brahms, Beethoven, Liszt, Debussy und J. S. Bach.

„Frühlingsfeier“ von Carl Prohaska. Vor einigen Tagen fand in Reichenberg eine Aufführung dieses großen in Wien mit dem Jubiläumspreis der Gesellschaft für Musikfreunde ausgezeichneten Chorwerkes statt. Die „Frühlingsfeier“ hat den Meister anregt, eine dieser Dichtung würdige Musik zu schaffen. Und dies ist ihm gelungen. Die süße Harmonik Prohaskas haben wir schon anlässlich der Aufführung seiner Oper „Madelaine Schumard“ besonders hervorgehoben. Hier, bei der „Frühlingsfeier“, tritt seine Eigenart in noch viel höherer Weise hervor. Die Klangwirkungen sind von außerordentlicher Schönheit und nur ein ganz großer Künstler vermag solche überauswichtige Kunstwerke zu schaffen. Der Chor vermag alle Zimmungen in reicher Fülle auszubilden. — Hobezeit gelang das Soloquartett. — Dem Reichenberger Lehrergesangsverein „Zilber“ und seinem ersten Leiter, Prof. Hugo Wagner, gebührt volles Lob für die unerümelte Arbeit, die sie auf die Aufführung verwandt haben. Der Dank des bis auf das letzte Bühnen gestillten Saales der Zuschauerschaft in Reichenberg möge ihnen ein augenweiser Beweis sein, wie verstanden und gewürdigt die Leistung wurde. Als Solisten

wirkten mit: Grete Rieger-Milch (Soprano), Rosa Prade-Roth (Alt), Fritz Thoren (Tenor), Walter Schätner (Bass), ferner der gemischte Chor des Lehrergesangsvereines „Zilber“ (120 Personen), die vollständigen Bühnenkapellen der beiden Stadttheater von Galdung und Reichenberg (60 Musiker). Geselle: Trude Rehof-Schönd, Engel: Otto Feig. Eine eingehende Wertung der einzelnen Solisten würde hier zu weit führen. Es soll nur festgestellt werden, daß sie in einer für eine Provinzstadt überaus guten Weise sich ihrer Aufgabe entledigten und einen bedeutlichen Anteil an dem guten Gelingen dieser Aufführung tragen.

Der Vertrag von Frau Jiska-Steinberg wurde auf ihren Wunsch seitens der Direktion in gütlichem Einvernehmen gelöst. Frau Jiska wurde aber durch einen Gastvertrag zu einer Anzahl ihrer Festpartien für die kommende Spielzeit verpflichtet.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch, Gastspiel: Gisela Werbezirk, 7 1/2 Uhr: „Villa Adelheid“ Donnerstag (17-2), 7 Uhr: „Der Freischütz“ Freitag (17-3), 7 Uhr: „Don Juan“. Samstag, Gastspiel: Gisela Werbezirk, 7 1/2 Uhr: „Die Poppers Karriere“. Sonntag, 2 1/2 Uhr: „Arm wie eine Axt am Baum“; 7 Uhr: „Friederike“. Montag, Gastsp. Burg-Meyer, 6 1/2 Uhr: „Fidelio“.

Spielplan der Alten Bühne. Mittwoch: „Hooppe“. Donnerstag, Gastspiel: Gisela Werbezirk: „Villa Adelheid“. Freitag, Gastspiel: Gisela Werbezirk: „Die Poppers Karriere“. Samstag: „Der Teufel in der Leinwand“. Sonntag, Gastspiel: Gisela Werbezirk: „Die Poppers Karriere“.

Sport * Spiel * Körperpflege

Englands eigene Olympiade!

Die alle vier Jahre stattfindende Olympiade 1922 in Los Angeles scheint den Sportfreunden Engländern nicht zu genügen. Sie haben beschlossen, 1920 in Hamilton-Canada eine eigene Olympiade des britischen Weltreichs zu veranstalten, an der nicht nur die Athleten Kanadas und des Mutterlandes, sondern auch die sämtlichen Dominionen teilnehmen sollen. Falls sich diese Generalprobe für die Weltolympiade bewährt, will man sie alle vier Jahre durchführen.

Das englische Auswärtige Amt scheint an der Sache nicht uninteressiert zu sein. Aus einer in Montreal erscheinenden englischen Zeitung entnehmen wir, daß die „Canadian Amateur Union“ bereits dabei ist, den ihr gegebenen Auftrag, die Organisation dieser „Empire Games“ auszuführen. Auf ihr Verlangen hat sich die Stadt Hamilton bereit erklärt, ein neues Stadion, 10.000 Sitzplätze umfassend, zu bauen. Der Kostenanschlag hierfür beträgt 20.000 Pfund Sterling. Außer dem Stadionbau ist man auch schon an die Neuauflage einer Niederriede von 1200 Meter Länge gegangen. Die Stadtbilder dieser kanadischen Stadt hat sicher nicht nur Sportbegeisterte so weitgehend sein lassen; bestimmt war wohl auch die Ansicht entscheidend, daß Hamilton 1920 ein ebenso gutes Geschäft wird machen, wie Amsterdam 1928.

Das Sportprogramm wird recht reichhaltig sein. Außer der Leichtathletik enthält es Bogenschießen, Schwimmen und Rudern. Eventuell will man noch Fußballkämpfe hinzunehmen. Die englische Sportwelt legt starke Hoffnungen auf einen großen Erfolg und einen gewaltigen Aufschwung des kanadischen Sports.

Der Zoffenmeister W. Leipzig-Züchtel geschlagen!

An den Auscheidungskämpfen um den Bundesmeistertitel gab es am Sonntag eine Ueberraschung: Döbern (Sachsen) besiegte W. Leipzig-Züchtel (Mitteldeutscher Meister) 3:1 (1:1). Das Treffen fand in Forst statt. Daß der W. mit zwei Toren unterlegen geschlagen wurde, daran dachte man überhaupt nicht. Aber es kam wieder einmal so, daß alles technische Können zur Nichtigkeit verurteilt ist, wenn nicht Eifer und Kampfeslust den nötigen Tritt dahinter geben. W. lag blenden an. Döbern, Tauschen, präzises Fußballspiel, alle Stadionbesucher der Fußballkunst gab er zum besten — und wurde mit der Dauer des Spieles immer schwächer. Döbern zeigte alle Vorzüge und Schwächen einer monogamen Mannschaft, die gut veranlagte und starke Spieler nebeneinander zu stehen hat, insgesamt aber Energie und Kampfesgeist aufbringt, die nicht zu überbieten sind. Döbern brachte den Züchtel mit, der Meisterkämpfe so interessant und spannend macht und hoch damit gegen das weiche Spiel des W. angenehm ab. Döbern hat verdient gewonnen.

Deutsche Arbeitssportler nach Holland, Ungarn und Österreich. Der junge holländische Arbeitssportverband teilt zu Pfingsten sein Bundesfest im Haag. Neben Österreich und Belgien wird der deutsche Arbeiter-Turn- und Sportbund eine Delegation entsenden. Fünf deutsche Handball- und eine Fußballmannschaft, Turner, Leichtathleten und Spieltennis, insgesamt über hundert Teilnehmer werden im Haag mit aufmarschieren und für die Internationalität des Arbeitersports

mitwirken. — Auch der unter sowjetischen Herrschaft lebende ungarische Arbeitersport soll zu seinem am 1. bis 2. Juni in Budapest stattfindenden landesweiten Meisterkampf durch eine deutsche Delegation unterstützt werden. — Diese Mannschaft wird auf der Rückreise an einem Abendsportfest in Wien teilnehmen.

Handball-Städtebundschuh Wien spielt in Deutschland. Wien, wo der Handballmeister der Arbeiterpartei Österreichs und Deutschlands zu Hause ist, entfaltet für die Zeit vom 2. bis 8. Juni seine Städtebundschuh zu drei Spielen nach Mitteldeutschland. Leipzig, Magdeburg und Bernburg sind die Orte, an denen die Wiener ihre hohe Spielklasse zeigen werden. Ihnen werden die stärksten Vertretungen der Gastgeber gegenüberstellen.

Deutscher-Schachweltkampf Deutschland-Oesterreich-Schweiz. Die ausläßlich des Kongresses der Arbeiter-Schach-Internationale in Wien gefestigten Besprechungen über die angezeigte Veranstaltung sind nach anfänglichen Schwierigkeiten sowohl abgeschlossen, daß der geplante Länderkampf nur mehr zu Pfingsten in München stattfinden wird. Die Organisation haben die Münchener Arbeiterschachspieler übernommen, während die Leitung des Kampfes und die Aufstellung der deutschen Mannschaft der Kreisleitung des Kreises Bayern im D. A. Z. übertragen wurde. Die Wettkämpfe beginnen am ersten Pfingstfesttag und enden am zweiten Feiertag. — Über weitere internationale Länderkämpfe sind Verhandlungen noch im Gange.

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

Sozialistische Jugend, Prag. Mittwoch den 15. Mai wichtige Ausschüttung (Programm: Wiener Arbeit, Herbstfeier, Wien) im Verein deutscher Arbeiter. Beginn 7 Uhr. — Freitag, den 17. ds. im Geistesleben Monatsversammlung. Beginn 8 Uhr. Vorher ab 7 Uhr Musikprobe. — Alle Schachspieler mögen sich bestimmt einfinden. Pfingsten 1920: Wanderfahrt in die Daulbaer Schweiz (Barmbühl). Abfahrt: Samstag nachm. um 3:20 Uhr vom Hauptbahnhof. Wegen des Andranges zu diesem Zug haben sich alle Teilnehmer bestimmt um 7:30 Uhr beim Koffeneingang des Hauptbahnhofes einzufinden. Pfingst-Sonntag Wanderung auf die Burg Kolozin. Rückkehr nach Prag Montag abends. Fahrtkosten mit Ermäßigung 16 K. Musikinstrumente mitnehmen!

FIRMUNGSANZÜGE
WEISSE ANZÜGE
BLAUE ANZÜGE
officiell
Kinder- u. Knaben-Kleiderhaus
„HIRSCH“, PRAG,
Zelzno 14. 130

Schulzmarke.

Verantwortlicher: Dr. Ludwig Gsch. Chefredakteur: Wilhelm Richter. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Kala U. G. für Zeitung und Buchdruck, Prag für den Druck verantwortlich: Otto Haller. Preis: Die Zeitung „Hirsch“ kostet monatlich von der Post u. Telegraphenverwaltung mit 127.000/1917 am 14. Mai 1920 1.000/1917.